

71

Mai/Juni '98
13. Jahrgang
DM 3,00

Antifaz

Zeitung gegen Rassismus,
Faschismus und Imperialismus

Titelthema:

1. Mai-
Faschisten im Aufwind

Weitere Themen:

Antifa:

Zu Fragen der
Antifabewegung
(Teil2)

AFB Wanne-Eickel

NPD-Landeszentrale in
Wattenscheid

Internationales:

Kosovo-Demonstration

Newrozfest 1998

Türkei
Internationaler
Freundschaftsverein



Leipzig: Antifaschisten unter Wasserkanonenbeschuß

Inhalt

03 **Editorial**

Berichte

- 04 Der 1. Mai 1998: Deutsche Standortpolitik stärkt faschistischen Vormarsch
- 09 Polizeipräsidentin Recklinghausen setzte Grundrechte außer Kraft
- 24 Kritik = Terror: Die Türkei 20 Jahre nach dem Militärputsch
- 27 Die Landeszentrale der NPD in NRW
- 28 AFB-Ortsgruppe Wanne-Eickel besucht die Wewelsburg
- 30 Festnahme, Wohnungsdurchsuchung, Fotografieren einer Wohnung nach "wildem Plakatieren"
- 33 Fackelzug zum Newroz-Fest in Recklinghausen

Stellungnahme/Kommentar

- 12 Zu einigen Fragen der antifaschistischen Bewegung (Teil. II)
- 18 Die RAF hat sich aufgelöst

Dokumentationen

- 16 Demonstration in Recklinghausen: Solidarität mit dem albanischen Volk in Kosovo

33 **Kurznachrichten**

Material

- A Warum wir aufhören (Erklärung der RAF)

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/ dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habehahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der / dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/ dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Abonnements-Bedingungen:
Einzel-Abonnement/Jahr: 27,-DM
Förder-Abonnement/ Jahr ab 30 DM
Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

Breite	Höhe	DM	Breite	Höhe	DM
5,5cm	<6cm	<60,-	5,5 cm	24 cm	120,-
5,5cm	8 - 11cm	60,-	7,7cm	24cm	150,-
10,5cm	8 - 6	75,-	16cm	12cm	150,-

AntifaZ

Die AntifaZ ist die Zeitschrift des AFB Ruhrgebiet. Sie erscheint alle zwei Monate. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von dem/der jeweiligen Autorin verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch
 Oerweg 28
 45657 Recklinghausen
 Tel.: 02361/ 26345

Redaktionsanschrift:
 Antifa-Zentrum
 Herner Str. 43
 45657 Recklinghausen
 Tel./Fax: 02361/21686

Redaktionssitzung
 montags, ab 20 Uhr.
 Abonnenten- und Anzeigenkonto:
 BLZ: 430 500 01
 Kto.-Nr.: 334 01 027
 Stichwort: AntifaZ
 Sparkasse Bochum

Auflage: 1000
 Druck: Emek Essen
Redaktionsschluß für Nr. 72: 25.6.98

EDITORIAL

Zu manchen Zeiten überstürzen sich die Ereignisse. Viele AntifaschistInnen aus dem Ruhrgebiet beteiligten sich an den **Aktionen gegen den Castortransport** nach Ahaus. Deshalb hatten wir vor, ein Interview mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Bürgerinitiative "**Kein Atommüll nach Ahaus**", *Peter Münster*, abzudrucken. Wegen der großen Fülle an Berichten, die uns aktuelle erreichten, wird es leider erst in der kommenden Ausgabe erscheinen.

Allerdings wurde auch unsere Organisation dadurch in der Vorbereitung einer Reihe wichtiger Aufgaben eingeschränkt. So konnten wir die Vorbereitungen zu einem möglichen gemeinsamen Auftreten mit anderen politischen Kräften zum **diesjährigen 1. Mai** nicht in der ursprünglich beabsichtigten Weise voranbringen.

Was blieb, war die Teilnahme an Veranstaltungen in Herne und Dortmund sowie die Durchführung eines Info-Standes, den wir gemeinsam mit dem **Internationalen Freundschaftsvereins (IFV)** in **Recklinghausen** organisierten.

Dennoch berichten wir in dieser Ausgabe ausführlich über den **1. Mai** und versuchen, unsere Einschätzungen zur politischen Lage im Lande, insbesondere auf dem Hintergrund des verstärkten Vormarsches faschistischer Kräfte im Land, zu entwickeln. Die **Wahlerfolge der Nazis von der DVU in Sachsen-Anhalt** haben auch uns erschüttert, zeigen sie doch, dass es dem antifaschistischen Widerstand zur Zeit nicht gelingt, durch eine breite demokratische Bündnispolitik die **Rechtsentwicklung in Staat und Gesellschaft** entscheidend zu stoppen.

Über die Einschätzung dieses Wahlerfolges wie auch den vom Bundesverfassungsgericht genehmigten **Aufmarsch der NPD am 1. Mai in Leipzig** werden wir in der nächsten Zeit ausführlich zu beraten haben.

Es ist dringend geboten, dass die unterschiedlichen politischen Richtungen innerhalb der antifaschistischen Kräfte im Lande - und das sind ja keineswegs nur die Antifa-Aktionsgruppen - sich verstärkt in örtlichen, regionalen und bundesweiten Bündnissen zusammenschließen und endlich ihre Differenzen gegenüber dem **gemeinsamen Ziel, den Faschismus zu stoppen**, in den Hintergrund stellen.

Wir freuen uns gemeinsam mit den Freunden des **Internationalen Freundschaftsvereins (IFV)** nach 2 1/2 Jahren die **Verbotsverfügung der Recklinghäuser Polizeipräsidentin**, Frau Dr. Steglmeyer, gegen eine für den 10. Dezember 1995 in der **EUROPA-Halle in Castrop-Rauxel** geplante Veranstaltung zur Völkerverständigung durch das **Verwaltungsgericht Gelsenkirchen** für nicht rechtmäßig erklärt wurde.

Der IFV, mit dem der Antifaschistische Bund eng zusammenarbeitet, wird diesen Erfolg durch verstärkte Aktivitäten sicher positiv nutzen.

Mal wieder wurde uns bei der Arbeit an der vorliegenden Ausgabe deutlich, dass wir inzwischen regelmäßig mehr als doppelt soviel Artikel vorliegen haben als unterzubringen sind. Wir wissen noch nicht, wie wir damit umgehen sollen - im Grund müßten wir längst auf ein monatliches Erscheinen umstellen - was uns kräftemäßig (noch) nicht möglich ist.

Also haben wir das ausgewählt, was uns am wichtigsten erschien.

So einen Bericht über die Aktion der **Kölner Kampagne "Kein Mensch ist illegal"**, so die Ankündigung der **Solidaritätsdemonstration mit der albanischen Bevölkerung des Kosovo**, die vom IFV am **23. Mai** in **Recklinghausen** organisiert wird.

Auch zwei **Berichte von der Ortsgruppe Wanne-Eickel des AFB** mußten auf jeden Fall rein. Ebenso ein **Interview mit zwei Bochumer Studierenden**, die ihre Eindrücke von einer **Delegationsreise in die Türkei** und die **Besuche verschiedener politischer Prozesse** dort wiedergeben.

Forgesetzt wird auch die Artikelserie von **Stephan W. Born** zu "**Fragen der antifaschistischen Bewegung**".

Wichtig war uns, die **Erklärung der RAF zu ihrer Auflösung** abzudrucken - Ihr findet sie auf den Gelben Seiten. Dazu ein **Kommentar**, der uns notwendig erschien.

Berichten müssen wir auch über eine skandalöse **Hausdurchsuchung der Dortmunder Polizei bei einem Mitglied unserer Redaktion**.

Für die Redaktion

WT

DER 1. MAI 1998

Deutsche Standortpolitik stärkt faschistischen Vormarsch

Am 1. Mai fanden in aller Welt Kundgebungen und Demonstrationen statt. Sie waren Spiegelbild der Tatsache, dass nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers sich weltweit die neoliberale Politik des Kapitalismus in der Offensive befindet. Gleichzeitig wachsen weltweit Unzufriedenheit mit und Widerstand gegen die schrankenlose Ausbeutung durch die Monopolkonzerne, gleichzeitig zeichnet sich die zunehmende Konkurrenz innerhalb der Monopolgruppen deutlicher ab, nimmt die innere Krisenhaftigkeit kapitalistischer Wirtschaft überall auf der Welt zu. Letztes Beispiel ist die nur unter großen Mühen kaschierte Krise der asiatischen Staaten Korea, Thailand, Indonesien und Japan.

In manchen Regionen der Welt spitzen sich die Widersprüche schneller zu als in anderen, zu nennen sind der Nahe und Mittlere Osten und der Balkan, aber vor allem die Entwicklung in vielen Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens. Die "Globalisierung" schreitet voran, und unter diesem Stichwort wurden auch am 1. Mai in Deutschland die Redner nicht müde, auf deren "Gefahren" und "Chancen" hinzuweisen und die "Notwendigkeit, den Standort Deutschland zu stärken", zu propagieren.

CDU und SPD gemeinsam im Interesse der Monopole

Dass die Union sich als besserer Sachwalter der Monopolinteressen darstellen will, ist nachvollziehbar, es fällt nun mal nicht leicht, nach Jahrzehnten der Macht nun vor der - fast - sicheren Niederlage zu stehen.

"Kohl muß weg - für eine neue Politik" ist die Botschaft der SPD und der von ihr politisch dominierten Gewerkschaftsführer, doch was sie als "neue Politik" verkaufen, unterscheidet sich nicht von der CDU-Politik. Der sozialdemokratische Kanzlerkandidat ist inzwischen zum Hoffnungsträger der Wirtschaft geworden, er soll - wie sein Vorbild Blair in Großbritannien - den Kurs des weiteren rigiden Sozialabbaus betreiben. Das hat für die Konzerne mehrere positive Aspekte: Zum einen gilt die SPD auch heute noch unter vielen Werktätigen als "kleineres Übel", zum anderen zeigt die historische Erfahrung, dass in Zeiten zunehmenden Widerstands der Arbeiter gegen ihre weitere

Verelendung die Sozialdemokratie es noch immer besser verstanden hat, die Auseinandersetzungen abzufedern, ihnen die Spitze zu nehmen und den Lohnabhängigen Sand in die Augen zu streuen. Schröder verspricht den Lohnabhängigen zwar manches, fügt aber im Nebensatz ständig hinzu, all dies gelte unter "Finanzierungsvorbehalt". Das heißt ja im Klartext nichts anderes, als dass die "Standort- und Profitlogik" der Konzerne auch nicht im Ansatz infrage gestellt wird. Auch die Grünen, das sei am Rande erwähnt, haben sich vollkommen dieser "Logik" des deutschen Kapitals angeschlossen.

Sie traten auf den Mai-Kundgebungen im Lande nicht weiter in Erscheinung.

Als antikapitalistische Kräfte waren am 1. Mai auf den gewerkschaftlichen Veranstaltungen nur die PDS, die "Erfurter Erklärung" und verschiedene kleinere kommunistische und sozialistische Organisationen erkennbar. Auf eigenen

"revolutionären" Maidemonstrationen wie in Berlin und Oberhausen traten die unterschiedlichen autonomen Strömungen in Erscheinung - geprägt nach wie vor von der Tatsache, dass sie die realen Arbeiterinteressen nur am Rande zur Kenntnis nehmen.

Allen politischen Äußerungen fehlte eine *überzeugende* Ablehnung des aufkommenden Faschismus im Lande. Zwar ging jede/r Redner/in auf die Wahlerfolge der DVU in Sachsen-Anhalt ein, aber die Stellungnahmen waren durchgehend geprägt von einer Unterschätzung der Rechtsentwicklung in Teilen der Bevölkerung, insbesondere in den neuen Bundesländern.

Dem aufkommenden Faschismus kann nur eine breite Bündnispolitik entgegenwirken

Es wurde schon vor den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt deutlich, wie wenig die etablierten Parteien dieser Tatsache entgegenzusetzen haben, als nicht einmal eine gemeinsame Erklärung der "demokratischen



Junge Nationaldemokraten vor dem Leipziger Völkerschlachtdenkmal beanspruchen die Freiheitskriege von 1813 bis 1815 für sich

Parteien" gegen die DVU zustandekam.

Die dann folgende Beschönigung, bei den 13 % DVU-Wählern handele es sich in erster Linie um "Protestwähler", entbehrt jeder Grundlage. Es ist schon frappierend, wie angesichts der inzwischen alltäglichen neofaschistischen Gewalttaten im Lande, wie angesichts der Tatsache, dass in manchen Stadtteilen in den neuen Bundesländern, vor allem in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, die Faschisten dominieren, der Wahlerfolg der DVU als Protest gegen die Kohlregierung umgedeutet wird.

Selbstverständlich sind die Wähler der DVU nicht insgesamt schon militante Faschisten, aber sie als im Grunde antikapitalistisch eingestellte, eher linke Jugendliche zu bezeichnen, wie es auf einem Flugblatt der MLPD zu lesen war, macht sprachlos.

Klar, das Hochkommen des Faschismus ist selbstverständlich in erster Linie der staatlichen Duldung und dem regierungsoffiziellen Kurs anzulasten, der Rassismus und Ausländerfeindlichkeit inzwischen als normale "demokratische Tugenden" etabliert hat, aber dieser Kurs hat eben dazu geführt, dass in den Köpfen von zunehmend mehr Menschen Parolen wie

"Deutschland über alles" und "Ausländer raus" als gesellschaftsfähig akzeptiert sind.

Zurecht wird dies aus antifaschistischen Kreisen als "rechter Konsens" gebrandmarkt.

Auf diese Herausforderung gab es am 1. Mai kaum überzeugende Antworten.

Es reicht schon gar nicht, wie die MLPD es tut, die "neue Opposition" zu beschwören, die dem faschistischen Spuk schnell ein Ende bereiten werde.

Tatsache ist, dass in manchen Gebieten des Ostens inzwischen antifaschistische Kräfte weitgehend in die Defensive gedrängt sind - wodurch auch ihre zunehmende Verzweigung und ihre oft schädliche Militanz er-

klärbar werden. Schädlich dort, wo sie als einziges Mittel des antifaschistischen Kampfes nur noch den direkten bewaffneten Angriff auf einzelne Faschisten sehen. Der Angriff auf vier Nazis nach der NPD-Kundgebung in Leipzig, bei dem ein 16-jähriges Mädchen aus der Nazi-Szene durch Messerstiche lebensgefährlich verletzt wurde, ist nicht das einzige Beispiel solch hilflosen Antifaschismus. Trotz der Perspektivlosigkeit solch antifaschistischen Kampfes muß klargestellt werden: Die Schuldigen für diese Entwicklung sind die Kohl, Kanther und Kinkel, die dem jahrelangen mörderischen Treiben faschistischer Organisationen nicht entgegentraten, vielmehr ihre zahllosen Morde immer wieder verharmlosten - vielen Antifas ist das stereotype polizeiliche Statement "Ein ausländerfeindlicher oder rechtsextremer Hintergrund der Tat ist nicht anzunehmen" inzwischen derart verhaßt, dass ihnen subjektiv nur noch das Mittel der Gewalt als letzte Notwehrmaßnahme gerechtfertigt erscheint.

Diese Form des "Kampfes" zwischen Faschisten und Antifaschisten ist aber genau das, was dieser Staat bezweckt - ist sie doch trefflich als bloße Auseinandersetzung zwischen "linken und rechten Gewalttätern" zu diffamieren und verhindert sie doch offenkundig, dass breitere Teile der Bevölkerung gemeinsam gegen den aufkommenden Faschismus aktiv werden.

Aktuelle Taktik faschistischer Formierung

Es ist ganz offensichtlich, dass sich die Faschisten heute bewußt auf staatliche Duldung und Unterstützung stützen. Auf diesem Hintergrund sind sie ihrem Ziel, sowohl als legale politische Kraft "demokratisch"

akzeptiert zu werden als auch als terroristische Hilfstruppe gegen linken, demokratischen und antifaschistischen Widerstand einsetzbar zu sein, ein deutliches Stück näher gekommen sind. Die DVU mit ihrem Wahlerfolg und die NPD, die die faschistischen Schlägerbanden unter ihrem "demokratischen" Dach vereint hat, signalisieren diese Erfolge in erschreckendem Maß.

Die Politik der Linken - wenig offensiv, zerstritten und ohne klares Konzept

Bisher haben linke Kräfte es in keinster Weise geschafft, eine gemeinsame antifaschistische Strategie zu entwickeln - von PDS über MLPD bis hin zu den revolutionären autonomen Strukturen. Die PDS setzt nach wie vor ihren Schwerpunkt auf "parlamentarischen Druck", keineswegs setzt diese Partei ihre organisatorischen Möglichkeiten mit aller Kraft ein, um den antifaschistischen Widerstand auf der Straße, in den Stadtteilen, in der Auseinandersetzung mit polizeilicher und staatlicher Repression zu stärken. Die kämpfenden autonomen Antifa-Strukturen haben die Hoffnung auf eine Ausweitung des Kampfes um demokratische Rechte innerhalb dieses "Systems" weitgehend aufgegeben und hoffen, durch die immer noch an manchen Orten aber längst nicht mehr - größere Zahl zur Gegengewalt entschlossener Antifaschisten den faschistischen Vormarsch zurückdrängen zu können. Kräfte, Andere autonome wie die um den Aufruf zur revolutionären Mai-Demonstration in Oberhausen zusammengeschlossenen Gruppen, nehmen den faschistischen Vormarsch nicht einmal zu Kenntnis, für sie ist der Gegner der rassistische Konsens von

Konzernen, Staat und bürgerlichen Parteien bis hin zu den Gewerkschaften.

Besonders abgehoben und fern jeder Realität das Konzept der "neuen Opposition", wie es die MLPD vertritt. Für sie sind beispielsweise die 13 % WählerInnen der DVU in Sachsen-Anhalt Ausdruck der Tatsache, dass immer mehr Menschen nach einer System-Alternative suchen und mit dem bürgerlichen Parlamentarismus Schluß machen wollen. Wenn sie nur - und das wird ja leicht zu vermitteln sein - erst einmal erkannt haben, dass es ja die MLPD mit ihrem Konzept vom "echten Sozialismus" gibt, werden sie den faschistischen Parteien nicht mehr folgen.

Ja, seid Ihr denn von allen Geistern verlassen? Wenn insgesamt in der Bevölkerung selbst die sozialdemokratische Variante der Standortlogik im Interesse der Konzerne so gut wie ungebrochen ist, dann sollen ausgerechnet die 130 000 Wähler, die Parolen wie "Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeiter, "Deutsches Geld nur für Deutsche" und "Kriminelle Ausländer raus" ihre Stimme gaben, Zeichen einer neuen Opposition sein?

Angesichts dieser weitgehenden Perspektivlosigkeit sind antifaschistische Beratungen, die eine Vielzahl unterschiedlichster Kräfte einbeziehen, in den kommenden Monaten dringendst nötig!

GEGEN DEN RECHTEN KONSSENS IN STAAT UND GESELLSCHAFT!

ANTIFASCHISTISCHE AKTIONSEINHEIT GEGEN DEN AUFKOMMENDEN FASCHISMUS!

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT GEGEN NATIONALISTISCHEN WAHN!

VERBOT ALLER FASCHISTISCHEN ORGANISATIONEN VON NPD BIS DVU AUF DIE TAGESORDNUNG SETZEN!

**BERICHTE VOM 1. MAI
AUS VERSCHIEDENEN
STÄDTEN**

Berlin:

Heiter und gelassen hatte sie begonnen, die zweite "revolutionäre Demonstration" am Abend des 1. Mai im Berliner Stadtbezirk Mitte. Trotz eines immensen Polizeiaufgebots hatten sich im Anschluß an ein Straßenfest, das vom Obdachlosenmagazin *Straßenfeger* organisiert wurde, etwa 6000 Demonstrierende versammelt, um unter dem Motto *enough is enough* zum Stadtteil Prenzlauer Berg zu ziehen.

"Kostenlose Kinderbetreuung", "Bildung statt Elitenbildung" und "Abschaffung von Sondergesetzen gegen Ausländer" lauteten einige der Forderungen.

Als gegen 19.30 klar wurde, dass die Polizei Busse mit Demonstrierenden der Leipziger 1. Mai - Kundgebung festhielt, entschlossen sich die Organisatoren, mit der Demo zu beginnen.

Direkt vor dem Aufzug hatte die Polizei eine Burg aus Mannschaftswagen postiert. Binnen weniger Minuten kam es zur Eskalation: TeilnehmerInnen der Demo warfen mit Flaschen und Steinen auf die Polizeifahrzeuge, an denen sich die Demonstrierenden vorbeidrängen mußten.

Ein Teil der 5000 Polizisten stürmte mit Schlagstöcken auf die Demonstration ein.

Nach dem ersten Ausbruch beruhigte sich die Lage zunächst wieder. Immer wieder aber griffen Polizeitrupps die Spitze der Demonstration an. Erneut flogen Flaschen.

Aus Protest gegen die anhaltenden Polizeiübergrieffe stoppte die Demo-Leitung schließlich gegen 21.00 Uhr den Umzug und drohte, die Veranstaltung zu beenden. Genau in dem Augenblick, als per Lautsprecher eine Einigung mit dem Polizeieinsatzleiter und die Fortsetzung der Demo verkündet wurde, entdeckte die Polizei einen brennenden Papiercontainer und stürmte quer durch den Aufzug. Teile der Demo antworteten mit Steinwürfen, die die Beamten zunächst vertrieben. Zahlreiche Schaufenster gingen zu Bruch, die Auslagen eines Computerladens wurden geplündert.

Nun erklärte die Demoleitung die Demonstration endgültig für beendet. Die Polizei prügelte wahllos durch die Straßen. Nach etwa zehn Minuten lagen mehrere Schwerverletzte am Boden. Für verletzte Polizeibeamte standen Krankenwagen zur Verfügung, selbst blutüberströmte Demonstranten wurden jedoch mit Polizeifahrzeugen abtransportiert.

Die Auseinandersetzung verlagerte sich nun in die Seitenstraßen. An vier Stellen wurden Bauwagen und Barrikaden in Brand gesetzt. Mit Wasserwerfern und Tränengas räumte die Polizei bis Mitternacht immer wieder die Straßen.

Die Polizei meldete 17 verletzte Beamte und 407 vorläufig Festgenommene.

Die Demo-Leitung warf der Polizei "unangemessene Härte" vor. Ein Anmelder der Demo bezeichnete das Verhalten vor allem von jungen TeilnehmerInnen der Demo als "unüberlegt und unpolitisch".

Leipzig:

Mit 15 000 Leuten wollte der "Nationale Widerstand" in

Leipzig demonstrieren, doch an der Kundgebung am Völkerschlachtdenkmal fanden sich klägliche 3-4000 Leute ein. Selbst das Nationale Infotelefon Thüringen sprach von einem "Desaster", da viele der Busse von "Linkschaoten" an der Abfahrt gehindert worden seien. Dennoch muß davon ausgegangen werden, dass die Faschisten ohne Behinderung und ohne die Verbote der Stadt Leipzig in den Tagen vorher wohl bis zu 15 000 Leute mobilisiert hätten. Etwa 6000 antifaschistische Gegendemonstranten protestierten gegen den Faschistenaufmarsch am Völkerschlachtdenkmal, aber 6100 Polizisten verhinderten, dass sie in die Nähe der Fascho-Kundgebung gelangten. Nur etwa 4-500 autonome Antifas versuchten, die Polizeiketten zu durchbrechen, es flogen Flaschen, Pflastersteine und Feuerwerkskörper, die Polizei setzte Wasserwerfer und Schlagstöcke ein und nahm bis zum Abend etwa 30 Leute fest.

Auch aus den Reihen der Faschisten versuchten einige Hundert, sich das "Recht auf die Straße" zu erkämpfen, wurden aber von der NPD-Führung schnell zurückgepfiffen, was dem NIT Rheinland im Nachhinein Anlaß zu harscher Kritik an der NPD-Führung diente.

Das NIT Mitteldeutschland verbreitete noch am Abend unter dem martialischen Aufschrei "Achtung - Achtung - Achtung - sämtliche Medien lügen - junge Nationalistin von Linksterroristen erstochen" einen Aufruf, spontan auf die Straßen zu gehen und zu protestieren.

Das NIT Rheinland dementierte die Todesmeldung. Inzwischen hat sich herausgestellt, dass vier Nazis aus Weißwasser von Antifas angegriffen worden waren, zwei von ihnen durch

Einer von über 3000 Jung-Nazis in Leipzig



Messerstiche verletzt wurden, inzwischen aber aus dem Krankenhaus entlassen werden konnten. Ob für eine 16jährige, wie behauptet, Lebensgefahr bestand, können wir nicht ermes- sen. Dass sich die mancherorts schon vergessene NPD Leipzig als Aufmarschort aussuchte, ist kein Zufall, gilt doch Sachsen- Anhalt inzwischen als Hochburg (19 Landesverbände, über 1000 Mitglieder) und als Sammelbek- ken für die gesamte militante Fascho-Szene.

Die offiziellen Mai-Feiern stan- den in Leipzig im Zeichen des Protests gegen den NPD-Aufmarsch.

Der künftige Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee übte schar- fe Kritik an der gerichtlichen Zulassung der NPD-Kundge- bung, mit der mehrere Verbots- verfügungen der Stadt aufgehoben worden waren. Tiefensee: "Es macht mich richtig wütend, dass unser dreifacher Anlauf, den Aufmarsch zu verbieten, nicht gelungen ist."

Voller Freude berichtete in den Tagen danach das NIT Thürin- gen, dass immerhin der NPD- Landesparteitag Thüringen am Sonntag, 3. Mai, in Gotha ohne Störungen und mit 80 Delegier- ten über die Bühne gegangen sei. Frank Kokosky sei als Lan- desvorsitzender in seinem Amt bestätigt worden.

Auf dem Parteitag sprach Dr. Eisenecker, außerdem trat der Nazibarde Frank Renneke auf.

Oberhausen:

250-300 Leute beteiligten sich an der "Revolutionären Mai-De- monstration", zu der ruhrgebiets- weit aufgerufen worden war. Der im Vorfeld verteilte Aufruf erwähnt den aufkommenden Fa- schismus nicht, bestimmt viel- mehr den rassistischen Konsens von Konzernen, Politik und staatlichen Behörden ins Zen- trum seiner Kritik.

Recklinghausen:



*Mitglieder
des Inter-
nationalen
Freund-
schafts-
vereins
am 1. Mai
in Reck-
linghausen*

Der 1. Mai stand hier ganz im Zeichen sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Aufrufe, die "eine neue Politik" forder- ten. Etwa 200 Leute beteiligten sich an dem gewerkschaftlichen Umzug vom Rathaus zum Ruhr- festspielhügel, wo dann

Bürgermeister Jochen Welt und Landesinnenminister Horstmann die Hauptreden hielten. Immer- hin bekam auch der Sprecher der örtlichen Arbeitsloseninitia- tiven, J. Wieczorek, das Rederecht.

Einziges Lichtblick im gewerk- schaftlichen Umzug waren die AnhängerInnen der Erfurter Er- klärung, die allerdings auf dem Podium nicht zu Wort kamen.

Ansonsten fand in Recklinghau- sen das übliche kulturelle Kon- sumfest statt, nur waren es we- gen des kühlen Wetters in die- sem Jahr sicher keine 150 000 (wie die örtliche Presse vermeldete), sondern weit unter 100 000, die sich auf dem Hügel vergnügten.

Politische Initiativen, unter ih- nen amnesty international, FI- AN, green peace, Frauenzen- trum, Antifaschistischer Bund (AFB), Internationaler Freund- schaftsverein (IFV), Hertener Aktionsbündnis gegen Neofa- schismus u.a. waren vertreten.

Am Stand des Antifa-Zentrums, den AFB und IFV gemeinsam

durchführten, wurden 1000 ti- fo-Flugblätter verteilt, es gabe immerhin eine Menge interes- santer Gespräche, überwiegend mit ausländischen Menschen.

**Stephan W. Born (AFB
Ruhrgebiet)**

POLIZEIPRÄSIDENTIN RECKLINGHAUSEN SETZTE GRUNDRECHTE AUSSER KRAFT

Verwaltungsgericht Gelsenkirchen kippt Verbot gegen
"Internationalen Freundschaftsverein (IFV)"

Am 4. Mai 1998 wurde vor dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen die Klage des "Internationalen Freundschaftsvereins (IFV) Recklinghausen" gegen die Polizeipräsidentin Recklinghausen verhandelt. Hintergrund war das Verbot einer Veranstaltung, die der Freundschaftsverein am 10.12.1995 in der EUROPA - HALLE in Castrop-Rauxel durchführen wollte. Bei der damals geplanten Veranstaltung handelte es sich um eine Kulturveranstaltung, die der Solidarität und Völkerfreundschaft zwischen den Völkern der Türkei, dem kurdischen und deutschen Volk gewidmet war.

Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen bewertete jetzt die damalige Verbotsvorgabe als offensichtlich rechtswidrig, noch im Gerichtssaal zog der Vertreter der Polizeipräsidentin Recklinghausen die Verbotsvorgabe zurück, um einer Niederlage im Klageverfahren zu entgehen.

Damit ist der Freundschaftsverein juristisch rehabilitiert, der politische, finanzielle und privatrechtliche Schaden, den die Polizeipräsidentin dem Verein mit dem damaligen Verbot zugefügt hat, ist aber noch lange nicht vom Tisch.

Der Verein prüft zur Zeit, welche zivilrechtlichen Schritte (Schadensersatz und Wiedergutmachung) eingeleitet werden können.

Zur Vorgeschichte:

Am 10. Dezember 1995 wollte der Internationale Freundschaftsverein mit Unterstützung türkischer und kurdischer Freunde eine große Kulturveranstaltung zur Völkerverständigung durchführen.

Der gerade (im August 1995) gegründete Verein hatte nach ersten Solidaritätsaktionen in Recklinghausen wie einer Gedenkveranstaltung zum 15. Jahrestags des Militärputsches in der Türkei, einer Diskussionsveranstaltung mit dem Vertreter der türkischen Friedensbewegung, Sanar Yurdatapan und weiteren kleineren Aktionen schon eine erste Großveranstaltung geplant. Durch hervorragende Kontakte und Unterstützung, die der Verein auch überörtlich gefunden hatte, war eine große Zahl türkischer und kurdischer Künstler für die Teilnahme an der Veranstaltung gewonnen worden. Unter dem Motto

"Halklarin Dostlugu senligi"

wollten insgesamt 14 Musikgruppen und Einzelkünstler auftreten, unter ihnen so bekannte Gruppen und Sänger wie "Grup Yorum", "Koma Ahmed", Tolgar Candar, Firat Baskale, Deste Günaydin, Musa Eroglu, Sarah Alexander, Aysegül und Nilüfer Akbal.

Mit größeren Spenden von Mitgliedern und Freunden des Vereins war die Vorfinanzierung aufgebracht worden, allein für die Anmietung der EUROPA - HALLE mußten 7800,- DM aufgebracht werden.

Hinzu kamen größere Posten für das Drucken von Eintrittskarten, Flugblättern und Plakaten.

Das Risiko war aber angesichts der Bekanntheit der auftretenden Künstler relativ gering, und die Veranstaltung wäre mit Sicherheit nicht nur ein politischer, sondern auch ein finanzieller Erfolg gewesen.

Wenn nicht, zuerst nur die Recklinghäuser Polizeipräsidentin, später Bundesbehörden des deutschen Staates (und mit ihm der türkischen Regierung) ein übergeordnetes Interesse an der Verhinderung dieser Veranstaltung gezeigt hätten.

Wie aus den uns vorliegenden polizeiinternen Unterlagen hervorgeht, liefen die Drähte zwischen Polizei Recklinghausen und LKA Düsseldorf, BKA und Bundesamt für Verfassungsschutz schnell heiß.

Die politische Analyse der Geheimdienste lief nach bekanntem Muster: Die Veranstaltung sei entweder eine Tarnveranstaltung der verbotenen PKK oder einer Ersatzveranstaltung für eine angeblich von der DHKP-C in Leverkusen geplante Veranstaltung und müsse auf jeden Fall verhindert werden.

Die "Beweise" seitens der Dienste waren jedoch alles andere als schlüssig: Für den Verdacht, es

handle sich um eine Tarnveranstaltung der PKK, diene allein der Hinweis, dass in der "prokurdischen" Zeitung ÖZGÜR POLITIKA ein Hinweis auf die Veranstaltung in Castrop-Rauxel erschienen sei.

Für den Verdacht, es handle sich um eine "Ersatzveranstaltung" für eine von der DHKP-C in Leverkusen geplante Veranstaltung gab es überhaupt keinen Beweis, allein die Behauptung des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) in Köln: "Nach vorliegenden Informationen findet am 1.12.1995 in Castrop-Rauxel in der Europa-Halle eine Veranstaltung des Karatas-Flügels der verbotenen Organisation Dev Sol statt."

Mal abgesehen davon, dass es schon lange vorher in der Türkei keine Organisation namens "Dev Sol" mehr gab, mal abgesehen davon, dass die in der Türkei später gegründete DHKP-C nicht als Nachfolgepartei der "Dev Sol" angesehen werden kann, somit auch die in deutschen Verfassungsschutzberichten aufgestellte Behauptung, bei der DHKP-C handle es sich um eine bloße "Umbenennung" (was inzwischen durch ein Urteil des Bundesverfassungsgericht als nicht haltbar bezeichnet wurde) handle, ist viel schwerwiegender, dass allein eine solche Behauptung in einem internen Fax für die Polizeipräsidentin ausreichte, um die Behauptung aufzustellen, vom Veranstalter würde geduldet werden, dass auf der geplanten Veranstaltung zu "Verbrechen" aufgerufen werde. In der Verbotsverfügung heißt es wörtlich:

"Aufgrund dieser Erkenntnisse sind Tatsachen festgestellt, aus denen sich ergibt, dass der Veranstalter oder sein Anhang Ansichten vertreten oder Äußerungen dulden wird, die ein

Verbrechen oder ein von Amts wegen zu verfolgendes Vergehen zum Gegenstand haben. Insbesondere sind Straftaten wie schwerer Hausfriedensbruch nach § 124 Strafgesetzbuch, Landfriedensbruch (§ 125 StGB), Körperverletzung (§ 223 ff. StGB), Sachbeschädigung (§ 303 StGB) zu erwarten."

Unschwer zu erkennen, dass hier schwerste Geschütze aufgeföhren wurden.

Doch die Taktik der Recklinghäuser Polizei ist noch genauer zu würdigen.

Obwohl ihr ja die oben angesprochenen "Erkenntnisse" schon seit längerem vorlagen (das Fax des BfV ging z.B. am 1.12.95 ein), schritt sie nicht sofort zum Verbot (was ja nach dem gesunden Menschenverstand bei einer derartigen "Gefahr" naheliegend gewesen wäre), sondern setzte zuerst den Vermieter, die FORUM - GmbH Castrop-Rauxel gezielt unter Druck, zuerst mit der Behauptung, auf der Veranstaltung werden "türkische Rechtsextremisten" aus dem Spektrum der "Grauen Wölfe" auftreten. Es war dem Staatsschutz in Castrop sehr wohl bewußt, dass das FORUM an dieser Stelle sehr sensibel war, hatte es doch im Jahr 1994 unliebsame Erfahrungen mit einer "Kulturveranstaltung" der türkischen Faschisten gemacht, die nur mit großer Mühe in letzter Minute untersagt werden konnte.

Als erkennbar wurde, dass das FORUM diesen Behauptungen, vor allem wegen der geplanten Teilnahme der GRUP YORUM, die auch dort ganz klar nicht den "Grauen Wölfen" zugeordnet wurde, nicht folgen werde, schob man die Behauptung nach, es handle sich um eine getarnte PKK- oder DEV SOL-

Veranstaltung. Es sei nicht auszuschließen, dass "türkische Rechtsextremisten" in die Veranstaltung eingeschleust und dort eine Saalschlacht provozieren würden. Jetzt bekam das FORUM dann doch 'kalte Füße' und kündigte dem Freundschaftsverein den Mietvertrag, mit der Begründung:

"Wir haben heute die Erkenntnis, dass es sich hier um eine politische Veranstaltung von verbotenen radikalen Gruppen handelt. Aus diesem Grunde ziehen wir unsere Vertragsbestätigung zurück. (...) Des weiteren behalten wir uns weitere rechtliche Schritte gegen Sie vor und erklären die Anfechtung des Vertrages wegen arglistiger Täuschung."

Hierzu ist wohl erst einmal zu bemerken, dass auch das FORUM ohne Überprüfung einen rechtsgültigen Vertrag kündigte - einzig auf der Grundlage von Telefongesprächen mit den Staatsschützern aus Castrop-Rauxel und Recklinghausen. Der Freundschaftsverein war sich im klaren, dass die Vertragskündigung rechtlich kaum Bestand haben würde und legte Widerspruch gegen die Kündigung ein. Am 8.12.95 wurde dieser Widerspruch vor dem Amtsgericht Castrop-Rauxel verhandelt. Bevor es aber überhaupt zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung kam, platzte in die Verhandlung die Verbotsverfügung. Ohne den juristischen Sachverhalt hier näher zu erläutern, stellen wir nur das Ergebnis der Verhandlung dar: Das Verfahren wurde in der Hauptsache eingestellt, da auf dem Hintergrund des Verbots auch das FORUM ja nicht berechtigt war, die Veranstaltung zuzulassen, selbst wenn die Verhandlung eine Nichtrechtmäßigkeit der Vertragsauflösung

festgestellt hätte. Die Kosten des Verfahrens wurden aufgeteilt. Das FORUM behielt im nachhinein "großzügigerweise" nur 2800,- DM als Storno-Gebühr ein, aber hinzu kamen für den Verein schon jetzt Gerichts- und Rechtsanwaltskosten von 2155,- DM. Das sind neben den oben erwähnten Unkosten immerhin schon knapp 5000,- DM.

Der Freundschaftsverein wehrt sich

Trotz dieser massiven Schädigung, der für die Mitglieder und Freunde des Vereins, die ja in erster Linie türkische und kurdische ArbeiterInnen, AsylbewerberInnen und wenige etwas zahlungskräftigere Deutsche sind, gab der Verein nicht auf, sondern erhob Klage gegen das Verbot. Da das Verbot zwei Tage vor der Veranstaltung ausgesprochen wurde, war auch klar, dass diese nun nicht mehr durchsetzbar war. Vorerst blieb nur übrig, am 10.12. in Castrop-Rauxel den vielen enttäuschten BesucherInnen klarzumachen, dass die Veranstaltung wegen des Verbots ausfiel. Die Polizeipräsidentin Recklinghausen demonstrierte auch an diesem Tag noch einmal martialisch Stärke, indem sie ein großes Polizeiaufgebot vor und in der Nähe der Halle sowie an den Autobahnauffahrten postierte - es konnte ja vielleicht damit gerechnet werden, dass die Kräfte, die "Verbrechen" vorzubereiten gewillt waren, versuchen würden, die Halle zu stürmen?! Im weiteren ging der Verein mit einer Protesterklärung an die Öffentlichkeit, zahllose Organisationen aus dem demokratischen, antifaschistischen und linken Spektrum unterschrieben die Solidaritätserklärung, zu den ErstunterzeichnerInnen gehörte

u.a. Ulla Jelpke vom Bundesvorstand der PDS.

Die örtliche Presse übte sich in Solidarität mit der Polizeipräsidentin und druckte über diesen ungeheuren Skandal massivsten Demokratieabbaus keine Zeile.

Als nächsten Schritt klagte der Verein gegen das Verbot und hat jetzt, fast drei Jahre nach dem Vorfall, juristisch Recht bekommen.

Zur Dimension des Schadens:

Neben dem finanziellen Schaden ist schwerwiegender der politische Schaden einzuschätzen:

Über die Hälfte der anfangs fast 70 Mitglieder verließen nach dem Verbot den Verein, weil sie verunsichert waren, inwieweit die Behauptungen der Verbotsverfügung nicht irgendwo doch zuträfen.

Der Verein konnte danach nur mit Mühe seine Arbeitsfähigkeit zurückgewinnen, viele UnterstützerInnen außerhalb des Vereins waren verunsichert.

Die geplanten weitreichenden Initiativen wie Deutschkurse für AusländerInnen, Saz-Kurse, Aufbau einer Folkloregruppe u.v.m. konnten vorerst nicht realisiert werden. Nur ein Kern von 10-15 Aktiven ließ sich nicht einschüchtern und begann langsam wieder, neue Aktivitäten zu entfalten. So wurden 1996 - 1998 zumindest Veranstaltungen zum kurdischen Newroz-Fest, zum 1. Mai sowie einmal im Monat ein Internationales Frühstück in den Vereinsräumen durchgeführt.

Anfang dieses Jahres ging es zum ersten Mal wieder bergauf - so führte der Verein zum diesjährigen Newroz-Fest einen öffentlichen Fackelzug mit anschließendem Auftritt einer kurdischen Folkloregruppe durch - der übrigens nicht durch die Polizei verboten oder behindert wurde. Doch deutete die

Bemerkung des Polizeivertreters im Gelsenkirchener Gericht an, dass das keineswegs bedeute, man werde den Verein in Zukunft ungeschoren lassen: Es sei einzig und allein auf die Tatsache, dass zum Zeitpunkt des Fackelzugs (20. März) fast alle verfügbaren Polizisten im "Castor-Einsatz" in Ahaus waren, zurückzuführen, dass nur wenige Beamte im Einsatz waren.

Wie geht es weiter ?

Wie oben angedeutet, wird der Verein versuchen, zivilrechtlich seine Schadensersatzansprüche geltend zu machen. Zudem soll das antidemokratische Vorgehen der Recklinghäuser Polizeipräsidentin 'angemessen' gewürdigt werden - wie und in welchem Rahmen, muß erst einmal ausführlich diskutiert werden.

Doch eins ist sicher: Die Tatsache, dass die Verbotsverfügung als offenkundig rechtswidrig zurückgezogen werden mußte, wird zu einer Stärkung des Vereins in der Zukunft beitragen. Und seine Vertreter kündigten schon jetzt an: Das Konzert für Völkerfreundschaft in der EUROPA - HALLE Castrop-Rauxel muß auf jeden Fall nachgeholt werden. GRUP YORUM und die übrigen Musikgruppen und Künstler müssen jetzt erst recht auftreten dürfen. "Skandieren" wir zum Schluß gemeinsam einen der "Slogans" der GRUP YORUM:

**"LIEDER WERDEN GEHÖRT - TÄNZE GEHEN WEITER!"
HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT !**

**Internationaler Freundschaftsverein (IFV)
Recklinghausen e.V.**

ZU EINIGEN FRAGEN DER ANTIFASCHISTISCHEN BEWEGUNG

(Teil II)

Ein nicht kleiner Teil der antifaschistischen 'Bewegung' (ob es eine solche gibt oder sie erst entstehen wird, dazu mehr im letzten unserer auf 4 Teile angelegten Serie) geht von einer subjektiven und emotionalen Sichtweise des 'bürgerlichen Staates' aus.

Angesichts der Erfahrungen antifaschistischer Politik mit diesem unserem Staat ist eine emotionale Wut (schon weniger die daraus oft resultierende Hilflosigkeit) leicht nachvollziehbar. Wer hat nicht schon konkret vor Ort die 'Ungerechtigkeit' des Apparates in der Ungleichbehandlung von Faschisten und Antifaschisten erlebt?

Wenn die Beispiel Saalfeld und Leipzig Schule macht, werden in Zukunft faschistische Demonstrationen inmitten der Bevölkerung, unter dem Beifall eines Teils der Zuschauer und unter dem Schutz der Polizei, durchgeführt, während antifaschistische Gegendemonstrationen an den Rand gedrängt, unter Ausschluß der Öffentlichkeit, ständigen Polizeischikanen ausgesetzt, nur mit Mühe organisierbar sind.

In fast allen bisherigen Fällen sind faschistische Demonstrationen entweder gar nicht erst verboten oder aber von den jeweiligen Gerichten genehmigt worden.

In einer Reihe von Städten ist es inzwischen Praxis, dass antifaschistische Demonstrationen auf dem Wege faschistischer Gegenanmeldungen verboten werden - wobei die politische Begründung der Gerichte für ein Verbot sowohl der antifaschistischen wie der faschistischen Tätigkeit über den Begriff "extremistische Gewalt" zurechtgestutzt wird.

Wer hat in den vergangenen Jahren nicht Situationen erlebt, in denen Antifaschisten (aber nicht nur diese, siehe die friedlichen Aktionen der Castorgegner) ohne Gewalt demonstrieren und dennoch von Polizeieinheiten brutal zusammengeknüpelt worden sind?

Und wer unter Antifaschisten traut diesem Staat ernsthaft zu, für eine humane, demokratische Gesellschaft einzutreten, in der faschistische Tendenzen schon im Ansatz unterbunden werden?

Wer vertraut auf staatliche Verbote (wie die gegenüber der FAP oder der NF) faschistischer Organisationen, zumal diese sich oft jahrelang legal organisieren und ausbreiten konnten, obwohl ihre faschistische Orientierung eindeutig belegt war?

Angesichts einer Vielzahl derartiger Erfahrungen wundert es uns nicht, dass Parolen wie "Nazis morden, der Staat schiebt ab

Im ersten Teil dieser Stellungnahme haben wir uns mit Fragen der aktuellen Praxis antifaschistischer Politik und ansatzweise mit den politischen Inhalten solcher Praxis auseinandergesetzt.

Der vorliegende Beitrag soll sich nun mit dem Verhältnis von antifaschistischer Politik gegenüber "dem Staat" und gegenüber neofaschistischen "Strukturen" beschäftigen.

Den 'bürgerlichen Staat' verteidigen oder bekämpfen?

- das ist dasselbe Rassistenpack" auftauchen und Zustimmung finden.

Und dennoch ist die hier gezogene Schlußfolgerung aus solchen Erfahrungen kurzsichtig und falsch.

Zum Unterschied zwischen 'bürgerlicher Demokratie' und Faschismus

Falsch sind diese Schlußfolgerungen in erster Linie deshalb, weil sie von einer letztendlichen Gleichsetzung von Faschismus und bürgerlicher Demokratie ausgehen.

Wenn wir von 'bürgerlicher Demokratie' sprechen, ist angesichts der Theorielosigkeit großer Teile der "Antifa" kurz zu erläutern, was wir darunter verstehen.

Die mit dem Entstehen der kapitalistischen Produktionsweise historisch durchgesetzte Staatsform des bürgerlich-demokratischen Nationalstaates existiert trotz mannigfaltiger Variationen heute nach wie vor.

Diese Form von 'Demokratie', die nicht müde wird, sich als Demokratie an sich, als zeitlose und überhistorische, einzig denkbare und einzig legitime Form menschlichen Zusammenlebens zu propagieren, ist allerdings realiter alles andere als demokratisch im eigentlichen Sinne und Verständnis dieses Wortes.

Wo "herrscht" denn in diesen 'Demokratien' das Volk?

Die parlamentarische Demokratie geht ja von der Grundbehaftung der frühkapitalistischen Staatstheoretiker (Thomas Hobbes, John Locke u.a.) aus, dass das Volk zu einer 'Selbstherrschaft' gar nicht fähig sei - ohne zentrale und autoritäre Staatsgewalt würde jeder jeden bekämpfen und fürs nackte Überleben dem anderen den Schädel einzuschlagen bereit sein. Dies liege so in der "Natur" des Menschen.

Insofern ist also jede Form 'direkter Demokratie' schon mal sowieso auszuschließen. Das sieht man heute noch in dem oft vergeblichen Versuch, auf dem Wege von Volksentscheiden o.ä. zumindest minimale Formen von 'mehr Demokratie' zu praktizieren.

Damit aber überhaupt von 'Demokratie' gesprochen werden kann, mußte die Form der 'repräsentativen' Demokratie kreiert werden - das Volk wählt seine 'Stellvertreter', die wiederum die Gesetze beschließen, welche ihrerseits 'Garant' dafür sind, dass alle (vom Bundeskanzler über den Bankpräsidenten bis zum Bundeswehrosoldaten und Polizisten - und natürlich auch das übrige Volk) sich daran halten müssen - das nennt man dann 'Rechtsstaat', und sein Funktionieren wird wiederum von 'unabhängigen' Gerichten garantiert.

Sieht man sich historisch das Entstehen dieser Form des bürgerlich-demokratischen Nationalstaates an, wird auch schnell klar, warum wir ihn als 'bürgerliche' Form der 'Demokratie' bezeichnen: Von allem Anfang an war es nichts anderes als das Auswechseln der feudalen Staatsform durch eine Form, die der - damals noch -

revolutionären Zielrichtung des Bürgertums gerecht wurde.

Bürgertum bedeutet nun aber nicht die Gesamtheit aller Menschen einer Nation als 'Bürger', sondern 'besitzende Klasse', genauer die Produktionsmittel besitzende Klasse.

Da dies nun ein verschwindend kleiner Teil aller Menschen in der kapitalistischen Gesellschaft ist, ist auch das Maß an Demokratie für die breiten Massen der Menschen nur verschwindend klein, nämlich genauso klein, wie es den Interessen der Besitzenden entspricht.

Das ist für die 5-6 Millionen Arbeitsloser, für die Immigranten und Asylsuchenden, für die Obdachlosen und Behinderten, für die noch einen Arbeitsplatz besitzenden Menschen, also für alle 'Randgruppen', die insgesamt die große Mehrheit der Bevölkerung darstellen, eine Binsenweisheit - und insofern ist auch klar, dass die Zahl der Wahl- und Politik - 'Verdrossenen' in unserer Gesellschaft immer größer wird.

Also Grund genug, gegen diesen 'bürgerlich-demokratischen' Staat zu kämpfen, Grund genug, ihn frontal anzugreifen? Mag sein, aber genau hier stellt sich dann die Frage, wie?

Faschistische Tendenzen im Staat = Faschismus?

Unsere Grundthese, oben schon erwähnt, lautet: bürgerlich-demokratischer Staat und Faschismus sind nicht gleiche Formen kapitalistischer Herrschaft über das Volk, sondern qualitativ unterschiedlich.

Der entscheidende Unterschied ist nicht das größere Maß an Ungleichheit im Faschismus (im Gegenteil verwirklichte der Faschismus mehr 'formale' Gleichheit, allerdings nur der arischen 'Volksgenossen' als die bürgerliche Demokratie), nicht die

Kriegspolitik, denn auch der bürgerlich-demokratische Staat verfolgt seine Interessen selbstverständlich mit kriegerischen Mitteln, auch nicht das 'Führer'-Prinzip, denn die Unterordnung unter die 'Staatsräson' ist auch, wenn auch in etwas moderaterer Form, Selbstverständnis des bürgerlich-demokratischen Staates. Ziviler 'Ungehorsam' gilt hierzulande nach wie vor fast wie 'Hochverrat', wobei allein die Existenz letzteren Begriffs seinerseits das Staatsverständnis dieser 'Demokratie' zum Ausdruck bringt: Jeder, der in irgendeiner Form von den vorgeetzten Staatsnormen abweicht, ist des 'Verrats' verdächtig - ja, was oder wen verrät er eigentlich?

Sprache ist oft verräterisch: Der zivil Ungehorsame ist Verräter am vom Staat repräsentierten - ideologisch behaupteten - Gemeinwohl. Modernes Beispiel solcher 'Gemeinwohl'-Verständnisses: Die Atom-Lobby repräsentiert selbstverständlich das Gemeinwohl, die Kernkraftgegner verraten es!

Was nun unterscheidet Faschismus qualitativ von der bürgerlichen Demokratie?

Allein die Tatsache, dass es in der bürgerlichen Demokratie auch reale demokratische Rechte gibt, die *nicht* von den Kapitalisten und ihren Staatsmachern erfunden oder gewünscht wurden, sondern von einer anderen Gesellschaftsklasse gefordert und durchgesetzt wurden, und zwar von der Klasse der modernen Proletarier - ja, es gibt sie, wenn auch ihre heutige Zusammensetzung, Lebensweise und - oft - Denkweise sich von den frühen Proletariern des beginnenden Industriezeitalters ziemlich unterscheiden. In zwei Punkten jedoch sind sie 'gleich' geblieben: in ihrem Nichtbesitz

der Produktionsmittel und in ihrer untergeordneten Rolle gegenüber den tatsächlichen Machtverhältnissen. Klartext: Auch heute werden die entscheidenden Fragen der Gesellschaft nicht von den Arbeitern entschieden, sondern von den Unternehmern.

Daraus nun abzuleiten, die Nichtbesitzenden in diesem Staat hätten überhaupt keine Macht und lebten in quasifaschistischer Unterdrückung, ist jedoch ein fataler Fehler.

Demokratische Rechte wie Korporationsrecht (gewerkschaftliche Organisation), Streikrecht, Versammlungsrecht, Recht der freien Meinungsäußerung, das Recht, Parteien zu gründen, das Wahlrecht, gleiches Recht für Männer und Frauen - all dies sind demokratische Rechte, die auch in einer Gesellschaft, in der wirklich das Volk und nicht einige Unternehmer die Macht haben, ihre Notwendigkeit und Gültigkeit behalten werden.

Auch das Recht, faschistischen Zielen jegliches 'demokratische' Recht abzusprechen, gehört zu diesen, von den Arbeitern, von den Besitzlosen, von den antifaschistischen Kräften erkämpften Rechten, und die Tatsache, dass die Besitzenden und Herrschenden in diesem Land dies Recht inzwischen allen wirklich demokratisch Handelnden, und das sind vor allem die AntifaschistInnen, streitig machen, bedeutet nun überhaupt nicht, dass wir sie nicht als demokratische, wirkliche Volksrechte, begreifen und verteidigen müssen.

Demokratische Rechte verteidigen - für mehr demokratische Rechte kämpfen - unser Ziel, eine wirklich demokratische Gesellschaft

Dass die Notwendigkeit besteht, demokratische Rechte - im Rahmen der bestehenden

Gesellschaftsordnung - zu verteidigen, beweist doch vor allem die Tatsache, dass in den vergangenen Jahren ein massiver Abbau demokratischer Rechte (Asylrecht, Ausländerrechte, Asylbewerberleistungsgesetz, Polizeigesetze, Einschränkungen des Demonstrationsrechts, großer Lauschangriff sind hier nur einige Beispiele) stattgefunden hat. Und es spricht aber auch gar nichts dafür, dass die Herrschenden 'aus Einsicht' plötzlich bereit sein werden, damit aufzuhören. Wir müssen uns also damit beschäftigen, dass weitere demokratische Rechte (Streikrecht, gewerkschaftliche Rechte) abgebaut werden und wir müssen uns auf weitere Abwehrkämpfe vorbereiten.

Dennoch ist dieser Prozeß kein automatischer und keine 'Naturnotwendigkeit'. Breite Volksbewegungen sind sehr wohl in der Lage, auch für eine Ausweitung demokratischer Rechte zu kämpfen und solche auch durchzusetzen, auch im Rahmen der herrschenden Gesellschaftsverhältnisse.

Wir wollen hier durchaus nicht die Illusion verbreiten, dass sich dieses Gesellschaftssystem im Rahmen durchgreifender Reformen zu einer humanen, solidarischen Gesellschaft entwickeln kann, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist.

Eine solche Welt wird zweifellos nur durch eine grundlegende gesamtgesellschaftliche Veränderung erreicht werden.

Aber die Möglichkeit, näher an dies Ziel heranzukommen, ist auf dem Boden erkämpfter demokratischer Rechte ganz sicher realistischer als auf dem Boden eines antidemokratischen oder autoritären Polizeistaates.

Oder glaubt jemand ernsthaft, dass unter den Bedingungen

einer faschistischen Diktatur eine grundlegende Gesellschaftsänderung leichter erreichbar wäre?

Noch einmal: Faschisten haben keine demokratischen Rechte

Ein Bestandteil antifaschistischer Politik muss die **Durchsetzung des Verbotes aller faschistischer Organisation** und jeglicher politischer Betätigung werden.

Die Forderung nach dem Verbot faschistischer Organisationen ist in den letzten Jahren insbesondere durch die Reduzierung des Kampfes auf die direkte Auseinandersetzung mit Nazis und - oft genug - den sie schützenden Staatskräften in den Hintergrund gedrängt worden.

Der Kampf muss wieder breiter aufgenommen und in die Öffentlichkeit getragen werden.

Es ist doch ein ungeheurer Skandal, dass inzwischen, insbesondere in den östlichen Bundesländern, Faschisten täglich rassistische und ausländerfeindliche Gewalttaten verüben und ihre organisierten Strukturen von Seiten des Staates weitgehend unbehelligt bleibe, dass sogar Bürgermeister und Parteifunktionäre von CDU bis PDS diesen Terror ständig herunterspielen und mit dem Hinweis auf die Jugendarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit quasi als notwendige Reaktion beschönigen.

In dieser Situation derart breiter staatlicher Duldung ist es kaum verwunderlich, dass sich die NPD und ihre Bündnisstrukturen heute zum Sammelbecken aller faschistischer Kräfte entwickeln konnte - der legale Rahmen der NPD ist geradezu ein staatlich garantierter Schutz für faschistische Gewalttaten.

Dagegen muß antifaschistische Politik heute die Forderung

nach dem Verbot der NPD und aller faschistischer Organisationen setzen.

Dies Ziel ist nicht von einer Handvoll kämpfender AntifaschistInnen durchzusetzen, es ist nur erreichbar durch eine breite Bündnispolitik von Kirchen über Parteien bis zu Gewerkschaften.

Selbstverständlich - das muß wohl nach den vorhergehenden Ausführungen nicht erneut betont werden - hat der bürgerliche Staat kein grundlegendes Interesse daran, ein solches Verbot auszusprechen. Im Gegenteil, er versucht mit allen Mitteln, aufkommende Verbotsforderungen, wie sie nach dem Aufmarsch der NPD in Leipzig am 1. Mai auftauchten, unmittelbar zurückzuweisen. Innenminister Kanther tönte, man müsse die Rechtsextremisten "mit dem Stimmzettel" besiegen - was er damit meint, machten seine Parteifreunde und er auch sofort deutlich: Schürung von Ausländerfeindlichkeit durch die Behauptung, das zentrale Problem sei die "Ausländerkriminalität", Anheizen des Nationalismus, wie es die CSU exerziert.

Wir müssen dagegen alle Hebel - auch internationalen Druck - in Bewegung setzen, um durch möglichst breite Kräfte den Staat zum Verbot faschistischer Organisationen zu **zwingen**.

Dass eine solche Verbotsbewegung also im Widerspruch zum Staat und nur in Auseinandersetzung mit seinen Repräsentanten sich entwickeln wird, liegt auf der Hand.

Dass nach wie vor der direkte Kampf gegen faschistische Übergriffe und öffentliche Aufmärsche geführt werden muß, ist sowieso klar.

Nicht unbedingt gleichzeitig, aber in vielfältiger Form

miteinander vermittelt, müssen diese beiden Grundelemente antifaschistischen Kampfes heute auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Wir fordern hiermit alle antifaschistischen Strukturen auf, Schritte zu unternehmen, die eine breit angelegte Kampagne auf den Weg bringt:

**VERBOT DER NPD
UND ALLER
FASCHISTISCHER
ORGANISATIONEN**

**Stephan W. Born (Antifaschistischer Bund
Ruhrgebiet)**

Anzeige

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH
Hattinger Straße 188 44795 Bochum
Tel. 0234/ 450590
FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau
 BIOLAND-Getreide
 Eigene Mühle
 Informationen
 Betrieb in Selbstverwaltung

Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

Attatroll Buchladen
45657 Recklinghausen Herner Str. 16
☎ 02361 / 17002

"Jetzt sind freilich aufgeklärter
 Diese Menschen, und sie töten
 Nicht einander mehr aus Eifer
 Für die himmlischen Interessen. -

Partner der
 Büchergilde

"Nein, nicht mehr der fromme Wahn,
 Nicht die Schwärmerei, nicht Tollheit,
 Sondern Eigennutz und Selbstsucht
 Treibe sie jetzt zu Mord und Todschatz.
 Heinrich Heine "Atta Troll"

Partner der
 Büchergilde

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30 & Sa 9.00-14.00

DEMONSTRATION

**IN
RECKLINGHAUSEN
SAMSTAG, 23. MAI,
11.00 Uhr,
RATHAUSPLATZ**

**SOLIDARITÄT MIT DEM
ALBANISCHEN VOLK IM
KOSOVO**

**Serbische Truppen - raus aus
dem Kosovo**

**Sofortiger Abschiebestopp für
Kosovo-Flüchtlinge**

Seit Anfang Januar überfällt die serbische Armee Dörfer im Kosovo. Mehrere hundert Menschen sind schon den Angriffen zum Opfer gefallen.

Der Kosovo - im südlichsten Teil des ehemaligen Jugoslawien und unmittelbar nördlich der albanischen Grenze gelegen - stellt heute ein Gebiet dar, in dem die unterschiedlichsten Interessen aufeinanderprallen.

Die Ziele der albanischen Bevölkerung im Kosovo:

90 % der Menschen im Kosovo sind Albaner. Bis 1989 war der Kosovo im Rahmen der ehemaligen Republik Jugoslawien eine Provinz mit weitgehender Autonomie - es gab albanische Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Universitäten und ein albanisches Regionalparlament. 1989 wurde diese Autonomie

seitens der serbischen Führung in Belgrad vollständig beseitigt, seitdem bezeichnet die Regierung in Belgrad unter Milosevic den Kosovo als serbisches Gebiet und betreibt eine Politik der massiven Unterdrückung und ethnischen Säuberung im Kosovo. Die albanische Bevölkerung hat demokratische Organisationen gebildet und mit friedlichen Mitteln und großer Geduld versucht, die Autonomierechte zurückzubekommen und die internationale Gemeinschaft zur Unterstützung zu gewinnen. Die Belgrader Führung hat darauf einzig und allein mit massivem Terror reagiert, der schon viele Menschen das Leben kostete.

Die Ziele der Führung in Belgrad:

Schon 1989 hat Milosevic bei einer Großkundgebung auf dem Amselfeld (historischer Ort, an dem eine Schlacht serbischer Truppen gegen das osmanische Reich stattfand) deutlich gemacht, dass er die historischen Ereignisse nutzen wird, um die großserbischen Ziele durch nationalistische Propaganda voranzutreiben. Im Krieg auf dem Balkan in den vergangenen Jahren wurden diese Ziele durch das Eingreifen der europäischen Staaten unter Führung der USA durchkreuzt, die ihren militärischen Sieg über Belgrad mit dem Einfluß in den neuen Staaten Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina belohnt sahen. Diese Interessen werden militärisch durch die Stationierung der SFOR-Truppen abgesichert. Der heutige Zustand ist alles andere als friedlich, weil sowohl durch die Regierung Milosevic als auch durch die kroatische Führung unter Tujman nationalistische Strömungen gefördert werden. Milosevic sieht sich durch die verstärkte Aufrüstung des Staates Albanien durch die USA bedroht und befürchtet, dass diese eine neue militärische Auseinandersetzung vorbereiten, um den Kosovo von Rest-Jugoslawien abzuspalten. Den massiven Terror gegen die albanische Bevölkerung des Kosovo rechtfertigt er mit der angeblichen Existenz einer albanischen Untergrundarmee im Kosovo (UCK), politische und diplomatische Initiativen des Westens weist er als 'Einmischung in die inneren Angelegenheiten' zurück.

Die Politik der Großmächte:

Die USA sind heutzutage die Weltmacht Nummer 1 und versuchen, ihren Einfluß überall in der Welt auszudehnen - ihr jüngster Vorstoß bestand darin, einen erneuten Krieg gegen den Irak durchzusetzen. Die USA stoßen dabei vor allem auf den Widerstand Rußlands, das sich durch die NATO-Osterweiterung und die US-Politik bedroht sieht.

Die Politik der BRD:

Die Regierung Kohl ist nach wie vor am Kontingent der SFOR-Truppen beteiligt und damit bei einer weiteren militärischen Zuspitzung, die unmittelbar bevorzuzustehen scheint, automatisch Kriegspartei. Zudem sind deutsche Polizei- und Militäreinheiten seit den großen Unruhen in Albanien vor zwei Jahren dort ständig stationiert. In Deutschland schürt die Regierung 'populistisch' Abneigungen gegen Ausländer und Asylbewerber. Kanther sagte nach dem Wahlerfolg der Faschisten von der DVU in Sachsen-Anhalt, dass "zentrale Problem sei die Ausländerkriminalität". Besonders türkische, kurdische und albanische Menschen werden immer wieder pauschal als Zuhälter, Drogenhändler und Waffenschieber diffamiert. Flüchtlinge, die in Deutschland eine "Duldung" (ein begrenztes Aufenthaltsrecht) haben, weil in ihren Heimatländern Krieg herrscht, sollen nach dem neuen 'Asylbewerberleistungsgesetz' keinerlei Unterstützung mehr erhalten, also durch Aus Hungern zum 'freiwilligen' Verlassen der Bundesrepublik gezwungen werden. In diesem Klima werden Flüchtlinge nach Kurdistan und in den Kosovo abgeschoben, obwohl sie dort um ihr Leben fürchten müssen.

Was können wir dagegen tun ?

An erster Stelle muß die praktische Solidarität mit den Flüchtlingen ausgeweitet werden. Bildet Patenschaften: Jede deutsche Familie, die diese Entwicklung nicht länger hinnehmen will, kann einen ausländischen und von Abschiebung bedrohten Flüchtling betreuen. Der INTERNATIONALE FREUND-SCHAFTSVEREIN kann solche Kontakte vermitteln. Kirchen, Gewerkschaften und demokratische Organisationen können gemeinsam mehr Druck auf die Regierung ausüben, zumindest sofort einen zeitweiligen ABSCHIEBESTOPP für Flüchtlinge aus der

Türkei, aus Kurdistan und aus dem Kosovo auszusprechen. Wir fordern, dass Deutschland im Rahmen der entstehenden EU sich dafür einsetzt und dazu gezwungen wird, die internationalen Menschenrechtsvereinbarungen in die Tat umzusetzen. Deutsche Truppen haben kein Recht, ständig - wie in Albanien - im Ausland stationiert zu sein. Diese Stationierung ist nicht einmal durch das Parlament gerechtfertigt. In den nächsten Wochen und Monaten ist unsere erste Aufgabe, den drohenden Krieg um den Kosovo zu verhindern - diese Demonstration kann nur ein Auftakt sein. Die Lunte brennt - und wenn die internationale Öffentlichkeit nicht laut und deutlich protestiert, fühlen sich die Brandstifter ermutigt.

SOLIDARITÄT MIT DEM ALBANISCHEN VOLK IM KOSOVO !

**SOFORTIGER ABSCHIEBESTOPP FÜR MENSCHEN IN KRIEGSGEBIETE!
GEGEN RASSISMUS UND AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT - FÜR VÖLKERFREUNDSCHAFT !**

INTERNATIONALER FREUNDSCHAFTSVEREIN (IFV) RECKLINGHAUSEN

Kontakt:

**Herner Str. 43, 45657 Recklinghausen,
Tel.: 02361/21686**



Lebensmittel aus kontrolliert biologischem Anbau

**SPRINGSTR. 2 AM HAUPTBAHNHOF
45657 RECKLINGHAUSEN
TEL.: 02361/13927**

Täglich frisches Brot, Gemüse u. Milchprodukte
Wurst und Fleischwaren aus der Bio- Metzgerei
Ökologische Weine, Sekt und Säfte
Naturkosmetik, Haar- und Körperpflegemittel
Individuelle Beratung zur Vollwerternährung

Öffnungszeiten: Mo - Fr. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ u. 15⁰⁰ - 18³⁰ Uhr
Sa. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ Uhr

Bei der Beerdigung von Wolfgang Crams (1993)



DIE RAF HAT SICH AUFGELÖST

- Ein Kommentar von
Stephan W. Born -

Mit ihrer Erklärung "Warum wir aufhören" hat sich die RAF zur "Geschichte" erklärt. Das "Projekt RAF" sei gescheitert.

Das ist gut so und war längst überfällig. Besser wäre gewesen, sie hätte sich gar nicht erst gegründet, denn sie hat dem politischen Ziel, das sie erreichen wollte, nämlich für Verhältnisse zu kämpfen, in denen der Mensch nicht länger ein geknechtetes und ausgestoßenes Wesen ist, nur Schaden zugefügt.

Vorab: Die Militanten der RAF waren und sind ein Teil von uns, ein Teil der weltweiten Bewegung der Befreiungskämpfe der unterdrückten Völker und Nationen, ein Teil des Kampfes gegen Imperialismus und ein Teil der deutschen Linken,

insbesondere derjenigen, die sich nach 1968 als "Neue Linke" in den unterschiedlichsten Politik- und Organisationsformen herausgebildet hatte.

Wie auch die "Roten Kmer" in Kambodja, die dem weltweiten Kampf um Befreiung einen noch viel größeren Schaden zufügten.

Oder wie auch die Führung der KPdSU unter Stalin, die neben ihren unbestreitbaren Verdiensten im Kampf gegen den deutschen Faschismus im "Großen Vaterländischen Krieg" auch zahllosen Verbrechen an der Menschheit begangen hat.

Geht das denn zusammen, Linker, Antiimperialist, Sozialist oder Kommunist zu sein und Verbrechen an der Menschheit zu begehen?

Ich denke, die gesamte Geschichte der emanzipatorischen Kämpfe beweist, dass es bisher keine einzige revolutionäre, linke, antifaschistische oder antiimperialistische Organisation gab, die frei von der Tendenz war, 'unschuldige' Opfer im Kampf gegen Faschismus,

Imperialismus und Kapitalismus billigend in Kauf zu nehmen.

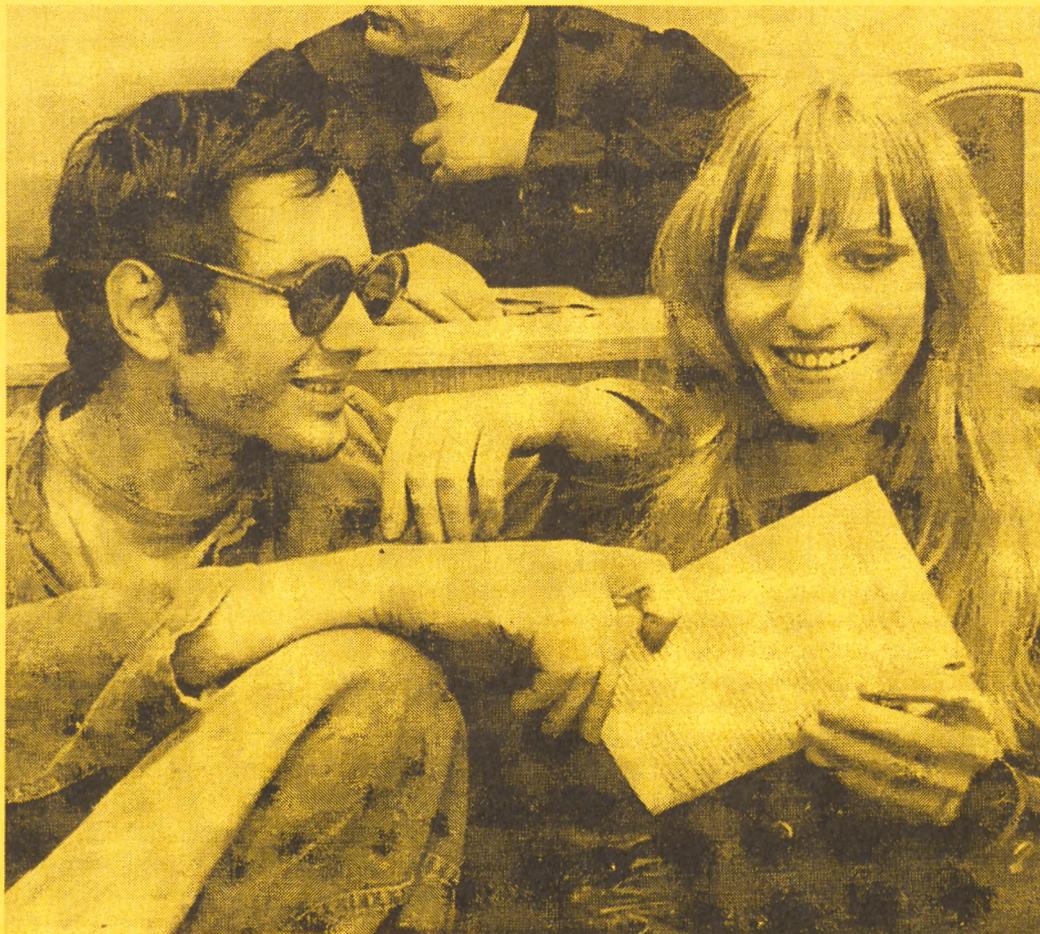
Auch Mao tse Tung, der ehemalige Vorsitzende der KP Chinas, der zwar mit seinen Gedanken zu den "2 Arten von Widersprüchen - denen zwischen uns und dem Feind und denen im Volke" dies Grundproblem ansatzweise erkannte, war kaum in der Lage, eine andere Praxis zu entwickeln.

Ho Chi Minh war vielleicht in dieser Frage gedanklich am weitesten, indem er darauf hinwies, dass auch der getötete feindliche Soldat ein Sohn des Volkes sei, der unter den herrschenden Klassenverhältnissen zufällig auf der anderen Seite stehe.

Die RAF weist darauf hin, dass diejenigen, die das kapitalistische System verkörpern und alltäglich den millionenfachen Hungertod in aller Welt zu verantworten haben, nicht das Recht haben, darüber aufzuschreien, dass die RAF in ihren militanten Aktionen 'unschuldige' Menschen ermordet habe.

Stimmt, aber ist daraus etwa abzuleiten, dass *wir* das Recht

Andreas Baader und Gudrun Ensslin beim Kaufhausbrandprozeß (1968)



WARUM WIR AUFHÖREN

Vor fast 28 Jahren, am 14. Mai 1970, entstand in einer Befreiungsaktion die RAF: Heute beenden wir dieses Projekt. Die Stadtguerilla in Form der RAF ist nun Geschichte.

Wir, das sind alle, die bis zuletzt in der RAF organisiert gewesen sind. Wir tragen diesen Schritt gemeinsam. Ab jetzt sind wir - wie alle anderen aus diesem Zusammenhang - ehemalige Militante der RAF.

Wir stehen zu unserer Geschichte. Die RAF war der revolutionäre Versuch einer Minderheit - entgegen der Tendenz dieser Gesellschaft -, zur Umwälzung der kapitalistischen Verhältnisse beizutragen. Wir sind froh, Teil dieses Versuchs gewesen zu sein.

Das Ende dieses Projekts zeigt, dass wir auf diesem Weg nicht durchkommen konnten. Aber es spricht nicht gegen die Notwendigkeit und Legitimation der Revolte. Die RAF ist unsere Entscheidung gewesen, uns auf die Seite derer zu stellen, die überall auf der Welt gegen Herrschaft und für Befreiung kämpfen. Für uns ist diese Entscheidung richtig gewesen.

Zusammengenommen Hunderte von Jahren Gefängnis gegen die Gefangenen aus der RAF haben uns ebensowenig auslöschen können wie alle Versuche, die Guerilla zu zerschlagen. Wir haben die Konfrontation gegen die Macht gewollt. Wir sind Subjekt gewesen, uns vor 27 Jahren für die RAF zu entscheiden. Wir sind Subjekt geblieben, sie heute in die Geschichte zu entlassen.

Das Ergebnis kritisiert uns. Aber die RAF - ebenso wie die gesamte bisherige Linke - ist nichts als ein Durchgangsstadium auf dem Weg zur Befreiung.

Nach Faschismus und Krieg hat die RAF etwas Neues in die Gesellschaft gebracht: das Moment des Bruchs mit dem System und das historische Aufblitzen von entschiedener Feindschaft gegen Verhältnisse, in denen Menschen strukturell unterworfen und ausgebeutet werden und die eine Gesellschaft hervorgebracht haben, in der sich die Menschen selbst gegeneinander stellen. Der Kampf im gesellschaftlichen Riß, der unsere Feindschaft markierte, griff einer wirklich gesellschaftlich werdenden Befreiung nur voraus: der Riß zwischen einem System - in dem der Profit das Subjekt, der Mensch das Objekt ist - und der Sehnsucht nach einem Leben ohne den Lug und Trug dieser sich sinnentleerenden Gesellschaft. Die Schnauze voll vom Buckeln, Funktionieren, Treten und Getretenwerden. Von der Ablehnung, zum Angriff, zur Befreiung.

Die RAF entstand aus der Hoffnung auf Befreiung

Mit dem Mut im Rücken, der von den Guerillas des Südens bis in die reichen Länder des Nordens ausstrahlte, entstand am Anfang der siebziger Jahre die RAF, um aus der Solidarität mit den Befreiungsbewegungen einen gemeinsamen Kampf aufzunehmen. Millionen entdeckten in den Kämpfen des Widerstands und der Befreiung rund um den Globus auch eine Chance für sich selbst. Der bewaffnete Kampf war in vielen Teilen der Welt die Hoffnung auf Befreiung. Auch in der BRD sind es Zehntausende gewesen, die mit dem Kampf der militanten Organisationen des 2. Juni, der RZ, der RAF und später der Roten Zora solidarisch waren. Die RAF entstand als Konsequenz aus den Diskussionen Tausender, die sich in der BRD am Ende der sechziger Jahre und den beginnenden siebziger Jahren mit dem bewaffneten Kampf als Weg zur Befreiung auseinandersetzten.

Die RAF nahm den Kampf gegen einen Staat auf, der nach der Befreiung vom Nazi-Faschismus mit seiner nationalsozialistischen Vergangenheit nicht gebrochen hatte. Der bewaffnete Kampf war die Rebellion gegen eine autoritäre Gesellschaftsform, gegen Vereinzelung und Konkurrenz. Es war die Rebellion für eine andere soziale und kulturelle Realität. Im Aufwind der weltweiten Befreiungsversuche war die Zeit reif für einen entschiedenen Kampf, der die pseudonaturliche Legitimation des Systems nicht mehr akzeptiert und dessen Überwindung ernsthaft wollte.

1975-77

Mit der Besetzung der deutschen Botschaft 1975 in Stockholm begann eine Etappe, in der die RAF alles einsetzte, um ihre Gefangenen aus den Knästen zu befreien.

Es kam die Offensive 1977, in deren Verlauf die RAF Schleyer entführte. Die RAF stellte die Machtfrage. Es begann ein radikaler und entschiedener Versuch, gegen die Macht eine offensive Position für die revolutionäre Linke durchzusetzen. Der Staat wollte genau das verhindern. Das Explosive - die Eskalation dieser Auseinandersetzung - kam aber auch aus dem Hintergrund der deutschen Geschichte: der Kontinuität des Nazi-Nachfolgestaates, auf die die RAF mit der Offensive traf.

Schleyer, während des Naziregimes Mitglied der SS, war wie viele Nazis aller gesellschaftlichen Ebenen wieder in Amt und Würden gekommen. Karrieren, die von den Nazis bis in die Regierungämter der BRD, die Justiz, in den Polizeiapparat, in die Bundeswehr, die Medien und die Konzernspitze führten. (...)

Der absolute Zwang zur Zustimmung zu allen Maßnahmen des Krisenstabes und die Verfolgung jeder kritischen Stimme bis zum Versuch, den politischen Gegner auszulöschen - das waren die gleichen Reaktionsmuster, in denen schon die Nazis handelten

Die Aktionen der Offensive 1977 machten deutlich, dass es in der Gesellschaft Orte gibt, die in keiner Weise vom System einzubinden und kontrollierbar sind. Nach der Ausmerzung des Widerstandes durch die Nazis, ist mit den Aktionen der Stadtguerillagruppen nach '68 ein von der Macht nicht mehr zu integrierendes Moment des Klassenkampfes in das postfaschistische Westdeutschland zurückgekehrt. Die Entführung Schleyers spitzte diesen Aspekt des Kampfes wesentlich zu.

Der Staat antwortete keineswegs panisch, wie es heute oft gesagt wird. Er reagierte mit der Unterdrückung aller Äußerungen, die die Maßnahmen des Staates im Ausnahmezustand nicht voll unterstützten. Der Staat forderte die Unterordnung der gesamten Medien unter die Linie des Krisenstabes, woran diese sich zum größten Teil freiwillig hielten. Allen, die sich dem nicht unterordneten, drohte die Konfrontation mit dem System.

Intellektuelle, von denen jede/r wissen konnte, dass sie nicht mit der RAF sympathisierten, aber dem staatlich verhängten Ausnahmezustand widersprachen, waren vor Hetze und Repression nicht mehr sicher.

Die zum Teil wehrmachtserfahrenen Mitglieder des Krisenstabs reagierten '77 im selben Muster, wie es auch die Nazis - wenn auch in weitaus barbarischerem Ausmaß - getan hatten, um antikapitalistische und antifaschistische Kämpfe nicht aufkommen zu lassen oder auszumerzen. Im NS - Faschismus wie auch 1977 zielte die staatliche Politik darauf ab, in der Gesellschaft keinen Raum mehr zwischen gehorchender Loyalität zum Staat im Ausnahmezustand auf der einen und Repression auf der anderen Seite zu lassen.

Nachdem sich immer deutlicher zeigte, dass der Staat Schleyer fallen lassen würde, kam es durch die Zustimmung der RAF für die Entführung eines zivilen Flugzeuges innerhalb der eigenen Offensive zu einer Guerilla - Aktion, die nur so verstanden werden konnte, als würde die RAF nicht mehr zwischen oben und unten in dieser Gesellschaft unterscheiden. Damit war im berechtigten Versuch, die Gefangenen aus der Folter zu befreien, die sozialrevolutionäre Dimension des Kampfes nicht mehr identifizierbar. Aus dem Bruch mit dem System und der Ablehnung der Verhältnisse in dieser Gesellschaft - was die Bedingung für jede revolutionäre Bewegung ist - war der Bruch mit der Gesellschaft geworden.

Von den siebziger zu den achtziger Jahren

Die RAF hatte alles in die Wagschale geworfen und eine große Niederlage erlitten. Im Kampfprozeß bis zum Ende der siebziger Jahre hatte sich herausgestellt, dass die RAF aus dem 68er Aufbruch mit nur wenigen anderen übriggeblieben war. Viele aus der 68er Bewegung hatten sich zurückgezogen und nutzten ihre Chance zur Karriere im System.

Die RAF hatte als Teil der weltweiten antiimperialistischen Kämpfe den Befreiungskrieg in der Bundesrepublik aufgenommen. 1977 zeigte sich, dass sie weder die politische noch die militärische Kraft hatte, um die Situation auch nach der hervorgerufenen Reaktion - dem inneren Krieg - noch bestimmen zu können.

Es war berechtigt, die historische Situation am Anfang der siebziger Jahre zu nutzen und ein neues und in der Metropole unbekanntes Kapitel in der Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Befreiung aufzuschlagen. Die Erfahrungen der Niederlage von 1977 zeigte die Grenzen des alten Konzeptes Stadtguerilla der RAF auf. Es konnte nur um ein neues Befreiungskonzept gehen.

Die Frontkonzeption der achtziger Jahre war der Versuch, dies zu erreichen. Die RAF wollte neue Verbindungen und die Grundlage für einen gemeinsamen Kampf mit radikalen Teilen der seit Ende der siebziger Jahre entstandenen Widerstandsbewegungen schaffen. Doch das Front - Konzept hielt im wesentlichen an den Grundzügen des alten Projektes aus den siebziger Jahren fest. Die bewaffnete Aktion blieb das zentrale und bestimmende Moment des gesamten als Befreiungskrieg bestimmten revolutionären Prozesses.

Die antiimperialistische Front der achtziger Jahre

Am Anfang der achtziger Jahre gab es viele Kämpfe, die sich gegen menschenfeindliche Projekte des Systems richteten, aber auch Ausdruck der Suche nach freien Lebensformen waren. Ein sozialer Aufbruch, der bereits im Jetzt nach dem Anfang einer anderen gesellschaftlichen Wirklichkeit suchte. Tausende gingen in den Achtzigern aus den verschiedenen Bewegungen auf die Straße, was auch die RAF seit '79 angreifen wollte: die Militarisierung der Politik der NATO - Staaten, die dem Westen "anderthalb" Kriege gleichzeitig ermöglichen sollte - Krieg gegen die Sowjetunion und gleichzeitig die Kriegsinterventionen gegen die Befreiungsbewegungen und Revolutionen wie in Nicaragua, die einen Schritt der Befreiung von den westlichen Diktaturen erkämpft hatten.

Die RAF ging davon aus, dass sie in dieser neuen Etappe nicht allein bleiben würde. Das Konzept war von der Hoffnung getragen, dass sich militante Teile der verschiedenen Bewegungen in die gemeinsame Front stellen würden. Doch dieses Konzept enthielt keinen Ansatz, der damit umging, dass in dieser gesellschaftlichen Situation nur die wenigsten einen Sinn des Befreiungskampfes auf dem Niveau des Krieges sahen. Der Befreiungskampf, dessen zentrales Moment das des Krieges ist, macht nur Sinn, wenn es eine Chance gibt, dass Kräfte in der Gesellschaft bereit sind, ihn aufzunehmen; wenn es eine Chance gibt, dass er sich ausweitet - und wenn es wenigstens auf den radikaleren Teil der Bewegungen ist.

Aber selbst die, die solidarisch waren - und das waren nicht wenige -, haben den Kampf mit dieser Vorstellung nicht aufgenommen. Der Guerillakrieg braucht die Perspektive auf die Ausweitung auf eine neue Ebene des Kampfes. Diese für den Kampf der Guerilla existentielle Entwicklung haben wir nie erreichen können.

Material

Die Vorstellung der RAF, die die bewaffnete Aktion zum Mittelpunkt des Kampfes bestimmte, unterbewertete die politischen und gegenkulturellen Prozesse außerhalb des politisch - militärischen Kampfes. Die Überwindung dieser strategischen Richtung, die in der Grundstruktur nicht über das Konzept der siebziger Jahre hinauskam, wäre die Voraussetzung für ein neues revolutionäre Projekt gewesen. Die Front konnte das neue Befreiungskonzept, das die Trennungen zwischen den Bewegungen und der Guerilla aufhob, nicht sein.

Die RAF ging in den achtziger Jahren davon aus, dass der sozialrevolutionäre Ansatz im Angriff auf die zentralen Machtstrukturen des Imperialismus enthalten sei. Mit dieser Vorstellung wurde die Politik immer abstrakter. Es führte zur Aufspaltung von dem, was zusammengehört: Antiimperialismus und soziale Revolution. Der sozialrevolutionäre Ansatz verschwand aus Theorie und Praxis der RAF. Die auf die antiimperialistische Linie beschränkte Orientierung der antiimperialistischen Front war die Konsequenz. Die RAF ist an der sozialen Frage nicht identifizierbar gewesen. Ein Grundfehler.

Die Subsumierung jedes sozialen und politischen Inhalts unter den antiimperialistischen Kampf gegen das "Gesamtsystem" produzierte falsche Trennungen statt einen Prozeß der Einheit; und es führte zu einer Unidentifizierbarkeit an konkreten Fragen und Inhalten des Kampfes.

Die Wirkung in der Gesellschaft blieb begrenzt, denn die Vorstellung durchzukommen, indem gesellschaftliches Bewußtsein geschaffen wird und so der Konsens zwischen Staat und Gesellschaft aufgebrochen werden kann - ein zentrales Moment jedes revolutionären Prozesses - verschwand zunehmend. Statt dessen versuchte die RAF, durch die Schärfe des Angriffs das Herrschaftsgefüge des Staates zu zerrütteln. Die Priorität verschob sich zugunsten des militärischen Moments. Diese Gewichtung im Kampfprozeß blieb durch die ganzen achtziger Jahre erhalten und prägte unseren Kampf. (...)

Wir, die wir uns zum großen Teil erst spät in der RAF organisierten ...

... sind in der Hoffnung hierhergekommen, unseren Kampf in den sich verändernden Bedingungen nach den weltweiten Umbrüchen neu einbringen zu können. Wir suchten nach Veränderungen für den Befreiungskampf, nach einem neuen Weg, auf dem wir uns mit anderen verbinden können. Und wir meinten, in denen etwas wiederzuerkennen, die diesen Kampf vor uns aufgenommen hatten, gestorben sind oder in den Knästen waren. Auf uns hatte der Kampf in der Illegalität eine große Anziehungskraft gehabt. Wir wollten unsere Grenzen durchbrechen und frei sein von allem, was uns im System hält.

Der bewaffnete Kampf war für uns nicht mehr das einzig Mögliche und Notwendige des Befreiungsprozesses. Trotzdem wollten wir gerade angesichts der Krise der Linken überall auf der Welt die Stadtguerilla als Möglichkeit und die Illegalität als ein Terrain des Befreiungsprozesses weiterentwickeln. Aber wir sahen damals, dass das allein nicht ausreichen würde. Auch die Stadtguerilla würde sich verändern müssen.

Unsere Hoffnung war eine neue Verbindung der Guerilla und anderen Orten des Widerstands in der Gesellschaft. Dafür suchten wir nach einem neuen Entwurf, in dem die Kämpfe von den Stadtteilen bis zur Guerilla würden zusammenstehen können.

Es war uns wichtig, nach dem Zusammenbruch der DDR unseren Kampf in ein Verhältnis zur neuentstandenen gesellschaftlichen Situation zu bringen

Wir wollten unsere Schritte in Beziehung zu allen denen setzen, deren Träume mit dem Ende der DDR und ihrer Übernahme in die BRD untergegangen waren. Sei es, weil sie erkennen mußten, dass der Realsozialismus nicht wirklich Befreiung geschaffen hatte. Oder andere, die manchmal schon zu Zeiten der DDR in Opposition zum Realsozialismus waren und davon geträumt hatten, etwas jenseits von Realsozialismus und Kapitalismus erreichen zu können.

Die meisten von denen, die in der DDR gelebt hatten und 1989 den Anschluß an die BRD gefordert hatten, erahnten die neue gesellschaftliche Situation, die sie mit hervorgerufen hatten, und den massenweisen Entzug sozialer Sicherheiten damals noch nicht. Wir wollten in dieser für alle unbekanntenen historischen Situation zwischen denen, die in der Konfrontation mit dem BRD - Staat um Befreiung kämpften, und anderen, die in der damals nicht mehr existierenden DDR mit der rassistischen und insgesamt reaktionären Entwicklung längst unglücklich waren, einen Bezug herstellen. Wir wollten das Feld weder der Resignation noch den Rechten überlassen.

Später sahen wir, dass der Dimension des Umbruchs nur ein neues und internationalistisches Befreiungsprojekt gerecht werden kann, dem die neue Realität aus Ost und West zugrunde liegt. Die RAF mit der Verwurzelung allein in der Widerstandsgeschichte der alten BRD konnte dem nicht gerecht werden.

Der Versuch, die RAF noch in den Neunzigern neu einzubinden, war ein unrealistisches Vorhaben

Wir wollten eine Transformation der aus der 68er Bewegung entstandenen Konzeption zu einem neuen sozialrevolutionären und internationalistischen Konzept der Neunziger. Es war eine Zeit, in der wir nach Neuem suchten, aber - behaftet von den Dogmen der vorangegangenen Jahre - nicht radikal genug über das Alte hinausgingen. Und so machten wir den Fehler, den alle von uns nach '77 machten: Wir überschätzten das Halten der Kontinuität unserer Konzeption für den Kampf. Aber grundsätzlich besteht die Gefahr, den bewaffneten Kampf zu diskreditieren, wenn er aufrechterhalten wird, ohne dass geklärt ist, wie er den revolutionären Prozeß spürbar voranbringt und zur Stärkung des Befreiungskampfes führt. Damit verantwortlich umzugehen, ist wichtig, denn sonst ist der bewaffnete Kampf nachhaltig diskreditiert - auch für eine andere Situation, in der er wieder gebraucht wird.

Die Krise, in der die Linke der achtziger Jahre an ihre Grenzen kam und sich bereits in Auflösung befand, machten unseren Versuch, die RAF in ein neues Projekt einzubinden, zu einer unrealistischen Sache. Wir waren viel zu spät - auch dafür, um die RAF nach einem Prozeß der Reflektion zu transformieren. Kritik und Selbstkritik waren ja nicht das Ziel, etwas zu beenden, sondern etwas weiterzuentwickeln. Das Ende der RAF ist letztlich keine Folge unseres Prozesses der (Selbst-)Kritik und Reflektion, sondern es ist notwendig, weil die Konzeption nicht das enthält, woraus jetzt etwas Neues entstehen kann. (...)

Nach unserer Niederlage von 1993 wußten wir, dass wir nicht alles einfach genauso weitermachen konnten, wie wir es mit dem Einschnitt in unserem Kampf 1992 begonnen hatten. Wir waren uns sicher, dass wir unsere Ziele richtig bestimmt, jedoch schwere taktische Fehler gemacht hatten. Wir wollten noch einmal mit denen, die noch in den Knästen waren, alles zusammen durchdenken und gemeinsam eine neue Etappe beginnen. Doch am Ende zeigte sich in der für uns schmerzlichen Spaltung eines Teils der Gefangenen von uns, in der wir zu Feinden erklärt waren, dass die Entstehungsbedingungen der RAF - Solidarität und Kampf um Kollektivität - bereits vollständig verbraucht waren.

Unser Prozeß der eigenen Befreiung ...

... ist uns wichtig gewesen und dennoch immer wieder stagniert. Wir wollten Kollektivität genauso wie die gemeinsame Überwindung jeglicher Entfremdung. Aber der Widerspruch zwischen Krieg und Befreiung ist bei uns oft verdrängt und weggeredet worden. Auch der revolutionäre Krieg produziert Entfremdungen und Autoritätsstrukturen, was Befreiung widerspricht. Damit umzugehen, so dass es sich nicht als Struktur festsetzt, ist nur möglich, wenn es ein Bewußtsein darüber gibt. Ansonsten verselbständigen sich neue Autoritätsstrukturen und Verhärtungen - sowohl in der Politik als auch in den Verhältnissen. Das zeigte sich unter anderem in den oft wechselseitig hierarchischen Strukturen der Front der achtziger Jahre und in den autoritären Zügen der Spaltung des Jahres '93. Und es zeigt sich in der Rückkehr zur Verbürgerlichung der Wahrnehmung und des Denkens, was in der Geschichte der RAF dahin führte, dass zu viele, die hier kämpften, die Berechtigung des gesamten Aufbruchs nicht mehr sehen können.

Es war ein strategischer Fehler, neben der illegalen, bewaffneten keine politisch - soziale Organisation aufzubauen

In keiner Phase unserer Geschichte ist eine über den politisch - militärischen Kampf hinausgehende politische Organisation verwirklicht worden. Das Konzept der RAF kannte letztlich nur den bewaffneten Kampf - mit dem politisch - militärischen Angriff im Zentrum.

In den grundlegenden Erklärungen der RAF bis Mitte der siebziger Jahre war diese wichtige Frage noch nicht geklärt, was kaum anders hätte sein können. Es gab in der Metropole überhaupt keine Erfahrung mit der Stadtguerilla. Es war notwendig, vieles erst herauszufinden und sich praktisch als richtig oder falsch erweisen zu lassen. Trotzdem gab es eine Richtung an der entscheidenden Frage, ob das Befreiungsprojekt von einer illegalen Organisation für den bewaffneten Kampf ausgefüllt werden kann - oder aber, ob der Aufbau der Guerilla Hand in Hand gehen muß mit dem Aufbau von politischen Strukturen, die in Basisprozessen wachsen

können. Unsere gefangenen GenossInnen schrieben dazu im Januar 1976, dass der bewaffnete Kampf aus der Illegalität die einzige Möglichkeit praktisch - kritischer Tätigkeit im Imperialismus sei.

Auch das Konzept vom Mai 1982 hielt trotz aller Widersprüchlichkeiten und obwohl es ein Versuch war, einen neuen politischen Zusammenhang mit anderen zu finden, an dieser fehlerhaften Vorstellung fest. Denn auch dieses Konzept brach nicht mit der Zentralität des bewaffneten Kampfes in der Metropole. Die politischen Aktivitäten, die aus dem Frontprozeß kamen, erstreckten sich meist auf die Vermittlung des Angriffs innerhalb der Strukturen der radikalen Linken.

Das Ausbleiben einer politischen Organisierung über mehr als zwanzig Jahre hinweg hatte zu jeder Zeit einen insgesamt schwachen politischen Prozeß zum Ergebnis. Die Überschätzung der Wirkung politisch - militärischer Aktionen in der Metropole der letzten Jahrzehnte ist für dieses Konzept Voraussetzung gewesen.

Die RAF setzte ihre Strategie des bewaffneten Kampfes in den verschiedenen Phasen unterschiedlich um und kam dabei zu keinem Zeitpunkt in das Stadium, in dem der militante Angriff dahin kommt, wo er hingehört: zur taktischen Option einer umfassenden Befreiungsstrategie. Diese Schwäche hat auch dazu beigetragen, dass unsere Organisation am Ende der über mehr als zwei jahrzehntelangen Etappe nicht mehr transformiert werden konnte. Die Voraussetzungen, um den Schwerpunkt des Kampfes auf die politische Ebene zu heben - wie wir es 1992 wollten -, waren nicht vorhanden. Aber das war letztendlich auch nur eine Folge des zugrundeliegenden strategischen Fehlers.

Die ausbleibende politisch - soziale Organisierung ist ein entscheidender Fehler der RAF gewesen. Es ist nicht der einzige, aber ein wichtiger Grund, weshalb die RAF kein stärkeres Befreiungsprojekt aufbauen konnte und letztlich die entscheidende Voraussetzung fehlte, im Aufbau einer nach Befreiung suchenden und kämpfenden Gegenbewegung einen stärkeren Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung zu nehmen. Fehler des Konzepts wie dieser, der die RAF in ihrer gesamten Zeit begleitete, zeigen, dass das Konzept der RAF in den Befreiungsprozessen der Zukunft keine Gültigkeit mehr haben kann. (...)

Die RAF stand immer im Widerspruch zu den Bewußtseinsmentalitäten eines Großteils dieser Gesellschaft. Das ist ein notwendiges Moment des Befreiungsprozesses, denn nicht nur die Verhältnisse sind reaktionär, sondern die Verhältnisse produzieren das Reaktionäre in den Menschen, das ihre Fähigkeit zur Befreiung immer wieder neu unterdrückt. Ohne Zweifel ist es existentiell, Rassismus und jeglicher Form von Unterdrückung entschieden entgegenzutreten und sie zu bekämpfen. Befreiungsentwürfe der Zukunft werden sich aber auch daran messen lassen müssen, einen Schlüssel zu dem reaktionär eingeschlossenen Bewußtsein zu finden und das Bedürfnis nach Emanzipation und Befreiung zu wecken.

Die Realität der Welt zeigt heute, dass es besser gewesen wäre, der weltweite Aufbruch, aus dem auch die RAF kam, wäre durchgekommen

Der weltweite Aufbruch, aus dem auch die RAF kam, ist nicht durchgekommen, was bedeutet, dass die zerstörerische und ungerechte Entwicklung bis jetzt noch nicht umgedreht werden konnte. Schwerer als Fehler, die wir gemacht haben, wiegt für uns, dass wir noch keine ausreichenden Antworten auf diese Entwicklung sehen. Die RAF kommt aus dem Aufbruch der letzten Jahrzehnte, der die Entwicklung des Systems zwar nicht genau hat voraussagen können, doch die Bedrohung, die in ihr liegt, erahnt hat. Wir wußten, dass dieses System weltweit immer weniger Menschen eine Möglichkeit für ein Leben in Würde lassen wird. Und wir wußten, dass dieses System den totalen Zugriff auf die Menschen will, so dass diese sich den Werten des Systems selbst unterwerfen und sie zu den eigenen machen. Aus dieser Ahnung kam unsere Radikalität. Für uns gab es mit diesem System nichts zu verlieren.

Unser Kampf - die Gewalt, mit der wir uns gegen die Verhältnisse stellten - hat eine schwierige, eine schwerwiegende Seite. Auch der Befreiungskrieg hat seine Schatten. Menschen in ihrer Funktion für das System anzugreifen, ist für alle Revolutionäre auf der Welt ein Widerspruch zu ihrem Denken und Fühlen - zu ihrer Vorstellung von Befreiung. Auch wenn es im Befreiungskrieg Phasen gibt, in denen das als etwas Notwendiges angesehen wird, weil es diejenigen gibt, die die Ungerechtigkeit und die Unterdrückung wollen und die Macht, die sie oder andere haben, verteidigen. Revolutionäre sehnen sich nach einer Welt, in der niemand darüber entscheidet, wer ein Recht auf Leben und wer es nicht hat. Trotzdem hat die Aufregung über unsere Gewalt auch irrationale Züge. Denn der tatsächliche Terror besteht im Normalzustand des ökonomischen Systems.

Die RAF ist die Antwort für die Befreiung noch nicht gewesen - vielleicht ein Aspekt von ihr

Auch wenn heute noch so viele Fragen offen sind, sind wir uns sicher, dass aus der Befreiungsidee der Zukunft nur dann der Kern freier Verhältnisse entstehen kann, wenn sie die tatsächliche Vielfalt in sich trägt, an denen die Verhältnisse umgeworfen werden müssen. "Die richtige Linie", die Aspekte des Lebens außer acht läßt, weil sie dafür nicht effizient zu sein scheinen, ist ebenso unbrauchbar wie die Suche nach *dem* revolutionären Subjekt.

Das Befreiungsprojekt der Zukunft kennt viele Subjekte und eine Vielfalt von Aspekten und Inhalten, was mit Beliebigkeit nichts zu tun haben muß. Wir brauchen eine neue Vorstellung, in der die vielleicht unterschiedlichsten einzelnen oder soziale Gruppen Subjekte sein können, und die sie trotzdem zusammenbringt. Insofern kann das Befreiungsprojekt der Zukunft in keinem der alten Konzepte der BRD - Linken seit '68 - weder in der RAF noch in anderen - gefunden werden.

Die Freude, ein umfassendes, ein antiautoritäres und dennoch verbindlich organisiertes Projekt der Befreiung aufzubauen, liegt noch unverbraucht und vor allem noch wenig versucht vor uns.

Wir sehen, dass es auch in diesem Teil der Welt überall diejenigen gibt, die versuchen, Wege aus der Sackgasse zu finden. Uns machen auch die Hoffnung, die überall bis in die abgelegensten Winkel dieses Landes - wo die kulturelle Hegemonie der faschistischen Rechten heute keine Seltenheit mehr ist - den Mut haben, sich gegen Rassismus und Neonazis zusammenzutun, sich und andere zu verteidigen und zu kämpfen.

Es ist notwendig, zu sehen, dass wir uns in einer Sackgasse befinden, um Wege aus ihr heraus zu finden. Da kann es auch völlig richtig sein, etwas, was man theoretisch auch weiterführen könnte, loszulassen. Unsere Entscheidung, etwas zu beenden, ist Ausdruck der Suche nach neuen Antworten. Wir wissen, dass uns diese Suche mit vielen auf der ganzen Welt verbindet. Es wird noch viele Diskussionen geben, bis alle Erfahrungen zusammen ein realistisches Bild der Geschichte ergeben. Wir wollen Teil der gemeinsamen Befreiung sein. Wir wollen an unseren eigenen Prozessen etwas wiedererkennbar machen und von anderen lernen. Auch das schließt alte Konzeptionen von Avantgarden, die die Kämpfe führen, aus. Wenn auch "Avantgarde" seit vielen Jahren nichts mehr mit unserem Verständnis vom Kampf zu tun hatte, so läßt die alte Konzeption der RAF die tatsächliche Aufhebung davon nicht zu. Auch deswegen können wir dieses Konzept loslassen.

Die Guerilla der Metropolen haben den Krieg, den die imperialistischen Staaten außerhalb der Zentren der Macht führen, in das Herz der Bestie zurückgetragen

Trotz allem, was wir besser anders gemacht hätten, ist es grundsätzlich richtig gewesen, sich gegen die Verhältnisse in der BRD zu stellen und zu versuchen, die Kontinuität der deutschen Geschichte mit Widerstand zu durchkreuzen. Wir wollten dem revolutionären Kampf auch in der Metropole eine Chance eröffnen.

Die RAF hat auf einem gesellschaftlichen Terrain den Kampf aufgenommen und mehr als zwei Jahrzehnte zu entwickeln versucht, das historisch von wenig Widerstand und dem Ausbleiben einer Bewegung gegen den Faschismus, dafür umso mehr von einer zu Faschismus und Barbarei loyalen Bevölkerung geprägt war.

Die Befreiung vom Faschismus mußte anders als in anderen Ländern von außen kommen. Einen selbstbestimmten Bruch "von unten" mit dem Faschismus gab es hier nicht. Es sind in diesem Land wenige gewesen, die sich gegen den Faschismus stellten; zu wenige, die die Spur der Menschlichkeit legten. Sie, die im jüdischen, im kommunistischen - und in welchem antifaschistischen Widerstand auch immer - kämpften, sind uns wichtig gewesen. Und das werden sie immer sein. Sie waren die wenigen Lichtblicke in der Geschichte dieses Landes, seitdem der Faschismus '33 begonnen hatte, alles Soziale in dieser Gesellschaft abzutöten.

Im Gegensatz zu ihnen hat der Trend dieser Gesellschaft so gut wie immer akzeptiert, was die Mächtigen sagen; die Autorität bestimmt, was legitim ist. In der sozialen Zerstörung dieser Gesellschaft, die eine Voraussetzung für den Völkermord der Nazis war, ist bis heute die Gleichgültigkeit gegen den/die andere/n ein wesentliches Moment. Die RAF hat nach dem Nazi - Faschismus mit diesen deutschen Traditionen gebrochen und ihnen jegliche Zustimmung entzogen. Sie kam aus dem Aufbruch dagegen. Sie hat nicht nur diese nationalen und gesellschaftlichen Kontinuitäten abgelehnt, sondern an die Stelle dieser Negation einen internationalistischen Kampf gesetzt, dessen Praxis den deutschen Staat und die Herrschaftsverhältnisse in der Bundesrepublik ebenso ablehnte und angriff wie auch die Militärstrukturen ihrer NATO - Verbündeten.

Überall auf der Welt versuchte dieses Bündnis, in dessen Hierarchie der US - Staat die treibende Kraft und die unangefochtene Führung war, die sozialen Rebellionen und die Befreiungsbewegungen mit Militärs und Krieg niederzuschlagen. Die Guerillas der Metropolen haben den Krieg, den sie außerhalb der Zentren der Macht führten, in das Herz der Bestie zurückgetragen.

Wir haben gewalttätige Verhältnisse mit der Gewalt der Revolte beantwortet.

Es ist uns nicht möglich, auf eine glatte und fehlerlose Geschichte zurückzublicken. Aber wir haben etwas versucht und dabei viele von den Herrschenden gesetzte und von der bürgerlichen Gesellschaft verinnerlichte Grenzen überschritten. Die RAF konnte keinen Weg zur Befreiung aufzeigen. Aber sie hat mehr als zwei Jahrzehnte dazu beigetragen, dass es den Gedanken an Befreiung heute gibt. Die Systemfrage zu stellen, war und ist legitim, solange es Herrschaft und Unterdrückung an Stelle von Freiheit, Emanzipation und Würde für alle auf der Welt gibt.

Aus dem Kampf der RAF sind immer noch neun frühere Militante im Gefängnis. Wenn auch der Kampf um Befreiung noch lange nicht vorbei ist, so ist diese Auseinandersetzung historisch geworden. Wir unterstützen alle Bemühungen, die dazu führen, dass die Gefangenen aus dieser Auseinandersetzung aufrecht aus dem Knast rauskommen.

Wir möchten in diesem Moment unserer Geschichte alle grüßen und ihnen danken, von denen wir auf dem Weg der letzten 28 Jahre Solidarität bekommen haben, die uns in verschiedenster Weise unterstützt haben, und die von ihrer Grundlage aus mit uns zusammen gekämpft haben. Die RAF hat entschieden zum Kampf um Befreiung beitragen wollen.

Diese revolutionäre Intervention in diesem Land hätte es nie geben können, wenn nicht viele, die sich nicht selbst in der RAF organisierten, etwas von sich in diesen Kampf gegeben hätten. Hinter uns allen liegt ein gemeinsamer Weg. Wir wünschen uns, dass wir uns alle auf den unbekanntem und verschlungenen Pfaden der Befreiung zusammen mit vielen anderen wiederfinden.

Wir denken an alle, die überall auf der Welt im Kampf gegen Herrschaft und für Befreiung gestorben sind. Die Ziele, für die sie sich einsetzten, sind die Ziele von heute und morgen - bis alle Verhältnisse umgeworfen sind, in denen der Mensch ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist. Ihr Tod ist schmerzlich, aber niemals umsonst. Sie leben in den Kämpfen und der Befreiung der Zukunft weiter.

Wir werden die GenossInnen der palästinensischen Befreiungsfront PFLP nie vergessen, die im Herbst 1977 in internationaler Solidarität beim Versuch, die politischen Gefangenen zu befreien, ihr Leben ließen. Wir wollen heute besonders an alle erinnern, die sich hier dafür entschieden, im bewaffneten Kampf alles zu geben und in ihm gestorben sind. Unsere Erinnerung und unsere ganze Achtung gilt denen, deren Namen wir nicht nennen können, weil wir sie nicht kennen, und

Petra Schelm, Georg von Rauch, Thomas Weißbecker, Holger Meins, Katharina Hammerschmidt, Ulrich Wessel, Siegfried Hausner, Werner Sauber, Brigitte Kuhlmann, Wilfried Böse, Ulrike Meinhof, Jan-Carl Raspe, Gudrun Ensslin, Andreas Baader, Ingrid Schubert, Willi-Peter Stoll, Michael Knoll, Elisabeth van Dyck, Juliane Plambeck, Wolfgang Beer, Sigurd Debus, Johannes Timme, Jürgen Peemöller, Ina Siepmann, Gerd Albartus, Wolfgang Grams.

Die Revolution sagt: ich war ich bin ich werde sein

Rote Armee Fraktion

März 1998

dazu haben, Menschen zu töten, weil der Feind, das "System" überhaupt der Urheber von Krieg, Hunger und Tod darstellt?

Ansatzweise problematisiert die Erklärung dies Problem, reflektieren die RAF-Mitglieder, dass sie, die sie vollständig mit dem System gebrochen zu haben glaubten, für die das Menschenleben in einer menschenwürdigen, freien und gleichen Gesellschaft das Ziel ihres Kampfes darstellte, Probleme damit hatten, einen Menschen zu erschießen.

Dabei war schon in einer der ersten RAF-Aktionen in Berlin der Institutsangestellte Linke von der RAF erschossen worden.

Schleyer wurde hingerichtet - und dies wird auch in der Erklärung nicht als falsch bezeichnet, was aus der SS-Biographie dieses Mannes begründet wird.

Die Inkaufnahme des Todes aller Passagiere eines Flugzeuges - allesamt 'unschuldige' Menschen - wird nur unter dem Aspekt problematisiert, dass der Bevölkerung danach nicht mehr klar sein konnte, ob die RAF einen Kampf gegen das "System" oder "die Gesellschaft" führe.

Diese und die Ausführungen der Erklärung über den "Bewußtseinszustand" der deutschen Normalbevölkerung als systemkonforme Masse (zumindest in ihren größten Teilen) deuten auf den Grundfehler der RAF wie auch der meisten Projekte der "Neuen Linken" (nicht nur in Deutschland) hin:

Sie entwickelten ein theoretisches Konzept von Befreiung, das in gar keiner Weise von diesem (ob zu Recht oder zu Unrecht so gekennzeichneten) Bewußtseinszustand der Bevölkerung ausgeht. Welche Borniertheit bedeutet es, wenn eine

Gruppe von 20-30 Leuten sich anmaßt, den alltäglichen Zustand der Gesamtbevölkerung zu 'kennen'?

Jedes linke Konzept, das von einer Trennung zwischen 'uns' und 'dem Rest der Welt' ausgeht, birgt in sich schon den Kern, den Tod von weniger 'Bewußten' billigend in Kauf zu nehmen.

Die RAF 'erkennt' zwar immerhin, dass ein bewaffneter Kampf gegen ein System nur auf der Grundlage einer "politischen Organisation" Aussicht auf Erfolg hat, verbleibt damit aber in den wesentlichen Fragen in ihren bisherigen Denkformen. Das ist auch damit nicht vom Tisch zu wischen, dass das Grundrecht der Menschen, für menschenwürdige Verhältnisse zu kämpfen, 'hochgehalten' wird.

Die RAF hat Recht, wenn sie sich als Teil der Bewegungen nach 1968 charakterisiert, allerdings liegt sie völlig falsch in der Annahme, dass außer ihr noch andere Zusammenhänge in ähnlicher Weise das "Projekt" eines bewaffneten Kampfes einer "Stadtguerilla" thematisiert hätten. Zumindest die mir bekannten Zusammenhänge unterstützten zwar den bewaffneten Kampf des revolutionären Volkskrieges in den Ländern der dritten Welt als ein Konzept, das sich aus den dortigen Bedingungen ableitete, wären aber kaum auf die Idee verfallen, durch Bildung bewaffneter Einheiten in den "Metropolen" sich zu einer "Fraktion" dieser "weltweiten Roten Armee" zu erklären.

Dies auch theoretisch einmalig absurde Unterfangen hat nur sie entwickelt und muß dafür allein die Verantwortung tragen. Das entbindet uns alle nicht davon, uns klarzumachen, wie

sehr der oben entwickelte und für mich entscheidende Fehler mehr oder weniger im Denken und Handeln aller bisheriger Emanzipationsversuche enthalten ist.

Erst eine Linke, die tatsächlich in den ganz alltäglichen Kämpfen der Menschen verankert ist und sich hier geduldig und mit langem Atem für eine Politik der Menschenwürde, der Solidarität und der Achtung vor dem Andersdenkenden einsetzt, erste eine Linke, die zumindest den Kampf um die von den Herrschenden als ihr Verdienst, historisch aber nur gegen sie erkämpften bürgerlich-demokratischen Freiheiten, die unter den herrschenden Verhältnissen permanent abgebaut werden, aufnimmt und sie als Teil des Kampfes um völlige soziale, politische und kulturelle Freiheit versteht, wird sich historisch das "Recht" erkämpfen, zum "letzten Gefecht" aufzurufen.

Doch bis dahin gibt es für uns noch immens viel zu tun. Die Auflösung der RAF kann unter dieser Perspektive für uns nur Anlaß zum Nachdenken sein - Grund zur Freude ist sie sicher nicht. **Stephan W. Born**

Theater Kunst



Fahrräder

Bochum 12051/52 Kortumstr. 5

Öffnungszeiten: 10⁰⁰-18⁰⁰
Samstags 10⁰⁰-14⁰⁰ & langer Samstag

ILLEGALISIERTE : 'WIR TAUCHEN AUF'

Schiffstour kurdischer Flüchtlinge nach Düsseldorf

Ein ereignisreiches Wochendende für die über 130 illegalisierten Flüchtlinge im Kirchenasyl und ihre Unterstützer: Mit allerhand Prominenz, unter ihnen der Schriftsteller Günter Wallraff und die Schauspielerin Renan Demirkan, fuhr am 24. April ein von der Kampagne "Kein Mensch ist illegal" angemietetes Schiff unter dem Motto "Wir tauchen auf" von Köln nach Düsseldorf.

Dort empfingen zahlreiche UnterstützerInnen die fast 400 Passagiere. Gemeinsam zogen sie zum nordrhein-westfälischen Landtag und zum Innenministerium. Einen Tag später begleitete die Kampagne eine Gruppe von 20 Illegalisierten aus Köln zu einem zweiten Wanderkirchenasyl nach Bielefeld.

"Wir brauchen einen langen Atem" lautete das Resümee der Delegationen, die am Freitag im Landtag vorsprachen. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik betreten illegalisierte Flüchtlinge in Begleitung von Pfarrern, Rechtsanwälten und Menschenrechtsorganisationen eine Höhle des Löwen, das Innenministerium in Düsseldorf. Außer 5500 Solidaritätserklärungen überreichten sie dort Material zur Menschenrechtssituation in der Türkei und zur angeblichen Fluchtalternative im Inland der Türkei. Auf diesem Wege sollte Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) die Informationen erhalten, die ihm wegen der kurzfristigen Absage seiner ursprünglich im April geplanten Delegationsreise in die Türkei entgangen sein könnten.

"Trotz der großen öffentlichen Unterstützung für das Anliegen der Flüchtlinge lassen die politisch Verantwortlichen in Düsseldorf und Bonn bisher keine Bereitschaft erkennen, die menschenrechtswidrigen Abschiebungen in die Türkei zu beenden", erklärte die Kampagne "Kein Mensch ist illegal". Im Gegenteil, es würden noch immer abgelehnte Asylbewerber nach Istanbul abgeschoben, obwohl ihnen dort weitere Verfolgungen drohen. Als Beispiel nennt die Kampagne die jüngst stattgefundenen Abschiebung von Süleyman Yadirgi, der in der evangelischen Gemeinde Köln-Deutz Zuflucht gefunden hatte. Er war in der Türkei umgehend festgenommen worden.

Um den Protest auszuweiten, haben sich am Samstag 20 Flüchtlinge gemeinsam mit Unterstützern nach Bielefeld aufgemacht. Auf ihrem Weg besuchten sie den Landesparteitag der Grünen in Gütersloh, um dort ihre Forderung nach Unterstützung für einen Abschiebestopp vorzubringen. In Bielefeld werden die kurdischen Flüchtlinge in insgesamt drei evangelischen Gemeinden Zuflucht finden.

Wenige Tage zuvor, am 21. April, verhaftete die Kölner Polizei drei minderjährige Kinder kurdischer Familien aus dem Kirchenasyl. Sie fielen den Beamten bei einer Routinekontrolle in die Hände. Mit der Begründung, sie seien wegen abgelaufener Asylanträge zur Festnahme und Abschiebung ausgeschrieben, wurden sie mehr als acht Stunden von der Polizei festgehalten. Den Kindern wurde das Recht auf ein Telefonat verweigert. Auf Anweisung des Leiters des Kriminalkommissariats 52, Lothar Schumacher, wurden die Eltern der Kinder nicht über deren Verhaftung und Verbleib benachrichtigt.

Die Verhaftung wurde nur durch einen Zufall bekannt, als einer der Väter die drei Kinder auf dem Weg zur Hauptwache erblickte.

Um 23 Uhr gelang es einem Anwalt und einer Pfarrerin mit Unterstützung von etwa 100 Demonstranten, die zwei älteren Kinder - der jüngste war zwischenzeitlich einem Kinderheim "zugeführt" worden - aus dem Polizeipräsidium herauszuholen. Nach Angaben der Kampagne hatte der diensthabende Beamte der Nachtschicht ein Einsehen und stellte einen Kontakt zu seinem Vorgesetzten Schumacher her. Gegen Mitternacht wurden die beiden Kinder entlassen.

Gerhard Klas (zuerst veröffentlicht in: SoZ Nr. 9 vom 30.4.1998)

MIT DEM KNÜPPEL IM RÜCKEN STUDIERTEN Türkei foltert wahllos die Studierenden

Ihre Reise führte sie über Istanbul, Ankara und Afyon mitten hinein ins Zentrum brutaler Staatsgewalt: Für eine Märzwoche reisten die beiden Bochumer Jurastudierenden Deniz Sert (21) und Stefan Senkel (27) von einer Gerichtsverhandlung zur anderen und tauschten sich - auf Einladung der "Studentischen Vereinigung zur kulturellen Verständigung" - mit ihren türkischen Kommilitonen/innen zu den Unistreiks in Deutschland aus. In den Jahren 1995 und 1996 hatten ebenso in der Türkei massive Studierendenproteste stattgefunden, die sich u.a. gegen die Anwesenheit von Polizei und Militär auf den Universitätsgeländen des Landes richteten und das Ende der Privatisierungswelle im Bildungswesen forderten. Das bisherige Resultat: Verhaftungen, Folter und staatliche Repression für die Streikenden. Die Ausländer/innenreferentin Deniz Sert und der Fachschafter Stefan Senkel von der Ruhr-Universität Bochum,

letzterer auch im AStA-Referat für Grund- und Freiheitsrechte und im Bundesarbeitskreis kritischer Juragruppen aktiv, reisten mit einer Delegation von NRW-Asten zu den Stätten von (Un)Recht und Gewalt. Das folgende Interview mit den beiden führte Thea A. Struchtemeier für die AntifaZ, eine ausführlichere Fassung des Interviews erscheint in der Maiausgabe der Bochumer Hochschulzeitung RUBENS.



(Stefan Senkel, März 1998)

AntifaZ: Was habe Ihr in Istanbul erlebt?

Deniz: Am ersten Tag nahmen wir an einer Podiumsdiskussion im Evrensel-Kulturzentrum EKM teil. Die Diskussionssteilnehmer/innen befragten uns zur

Funktion des AStA und zu den vergangenen Hochschulstreiks. Die anwesenden Studierenden wollten sich über Möglichkeiten der studentischen Selbstverwaltung und Mitbestimmung in Deutschland informieren. Sie wollten auch wissen, wie wir die Situation in der Türkei aus unserer Sicht einschätzen.

Anschließend gaben wir der Zeitschrift "Emek" (Arbeit) ein Interview und besuchten Radio "Yasam" (Leben) und den Menschenrechtsverein IHD. Dort lernten wir den "Elternverein" kennen, einen Zusammenschluß von Angehörigen politisch verfolgter Schüler/innen und Studierender.

AntifaZ: Reden wir erst einmal über studentische Mitbestimmungsmöglichkeiten. Gibt es einen AStA in der Türkei?

Deniz: Nein.

AntifaZ: Und Fachschaften?

Stefan: Die wurden erst neuerdings vom zentralen Hochschulverband YÖK vorgeschlagen und an der Uni Ankara probeweise eingeführt. Wir nahmen dort später an einer Kulturveranstaltung dieser neu gegründeten "Öğrenci Temsilciler Kurulu" (ÖTK) teil, die übrigens von einem riesigen Polizeiaufgebot begleitet wurde.

AntifaZ: Wie unabhängig arbeitet dieser zentrale Hochschulverband?

Deniz: Der YÖK wurde nach dem Militärputsch von 1980 eingerichtet...

Stefan: ...und ist staatlich kontrolliert.

AntifaZ: Habt Ihr in den Diskussionen auch das rigide Kopftuchverbot an den türkischen Hochschulen thematisiert? Immerhin dürfen Frauen mit Kopftuch nicht an türkischen Universitäten studieren, werden vom Unigelände geprügelt, auch verhaftet und gefoltert. Wurde dies

in Euren Gesprächen auch als ein Ausdruck von Menschenrechtsverletzung gewertet?

Stefan: Wir wurden gefragt, wie wir dazu stehen. Die dortigen Studierenden betrachten aber das Kopftuch als altmodisch und nicht mehr zeitgemäß. Allerdings sagten sie auch, dass die persönliche Art der Kleidung nicht durch den Staat eingeschränkt werden soll. Dies betrifft auch die langen Haare und Bärte männlicher Studierender und die kurzen Röcke von Frauen. Wir bewerten solche Bekleidungs Vorschriften als Strategie des türkischen Staates, den politischen Islam zu schüren. Zudem werden die Studierenden durch die Normvorgaben uniformiert.

AntifaZ: Kommen linke und religiöse Studierende an diesem Punkt zusammen?

Deniz: Nicht alle Linken. Die Jugendlichen der Organisation EMEP (Emegin Partisi, Partei der Arbeit) sind die einzigen, die mit den gläubigen Studierenden bei diesem Thema an einem Strang ziehen. Die anderen Linken sträuben sich dagegen.

AntifaZ: Wie begründen die EMEP-Jugendlichen ihre Position?

Deniz: Sie betrachten die Kleidungs Vorschrift "Kopftuchfrage" als ein gemeinsames Problem der Studierenden und meinen, man solle grundsätzlich gegen die Repression des Staates protestieren, egal, von welcher politischen Gruppierung man kommt.

Stefan: Ein gemeinsamer Protest ist ja auch noch lange keine Zusammenarbeit.

AntifaZ: Nach der Podiumsdiskussion nahm Ihr in Istanbul auch an einer Demonstration teil. Worum ging es dabei?

Deniz: Die Demo fand zur Erinnerung an sieben Studierende

statt, die am 16. März 1978 an der Universität Istanbul von Faschisten erschossen wurden. Polizisten deckten damals die Täter. Die Gerichtsverfahren dazu dauern schon seit über zwanzig Jahren an. Mittlerweile ist die Angelegenheit verjährt, und deshalb sollen jetzt die Akten geschlossen werden. Die Mörder sind bekannt, teilweise leben sie auch im Ausland. An der Demo auf dem Beyazitplatz an der Universität Istanbul nahmen - unter Beteiligung eines riesigen Polizeiaufgebots - etwa 1500 Menschen teil.

Stefan: In unserer Anwesenheit kam es nicht zu Zusammenstößen mit der Polizei, aber nach der Demo wurden, wie wir hörten, sieben Studierende verhaftet. Während unserer Anwesenheit begnügte sich die Polizei damit, den Platz abzuriegeln und mit Schlagstöcken, Hundestaffeln und mehreren Wasserwerfern martialisch aufzutreten. Ich schätze, es gab so viel Polizisten wie Demonstrierende.

AntifaZ: Wo habt Ihr zwischenzeitlich gewohnt?

Deniz: Bei den Studierenden.

AntifaZ: Im Wohnheim?

Deniz: Nein. Privat. Die meisten Studentenwohnheime werden von politischen Gruppen beherrscht. Auf die Bewohner wird Zwang ausgeübt, sich an den jeweiligen Aktionen zu beteiligen. Die Fluktuation in den Heimen ist deshalb ziemlich hoch. Die meisten Wohnheime sind staatliche Unterkünfte, aber es gibt auch private.

AntifaZ: Nach den Gesprächen in Istanbul - wohin ging's dann weiter?

Stefan: In Ankara lernten wir die neu eingeführte Fachschaft "Öğrenci Temsilciler Kurulu", ÖTK, auf einer Kulturveranstaltung kennen. Später nahmen wir bei der Urteilsverkündung

gegen fünf Studierende als Prozeßbeobachter/innen teil, die 1996 mit vielen anderen gegen die Privatisierung der Hochschulen und Erhöhung der Studiengebühren um mehr als 350 % protestiert hatten. In der Folge kam es zu einer Aktion im türkischen Parlament, bei der acht Studierende ein Transparent mit der Aufschrift entrollten: "Das Recht auf Bildung kann uns nicht verwehrt werden - keine Studiengebühren". Dabei wurden die acht verhaftet und ihnen unterstellt, sie seien Mitglieder in einer terroristischen Vereinigung mit dem Namen "Dev Yol" (Devrimci Yol, Revolutionärer Weg). Sie wurden zu insgesamt 96 Jahren schwerer Haft verurteilt, drei der Angeklagten haben die Haft mittlerweile abgesessen. Das Absurde an dem Verdacht ist, dass es diese seinerzeit größte Massenorganisation seit dem Militärputsch von 1980 gar nicht mehr gibt und sie sich seitdem auch nicht mehr neu gründete. Sie war übrigens auch nie terroristisch eingestellt. Viele ihrer Leute sind heute in der ÖDP (Özgürlük ve Dayanisma Partisi, Partei der Freiheit und Solidarität), einer legalen Partei in der Türkei.

Deniz: Mittlerweile räumte das Gericht ein, dass die Organisation "Dev Yol" längst nicht mehr existiert. Es prüft jedoch jetzt, ob die Studierenden diese Organisation wieder neu gründen wollten. Der Gerichtssaal war absolut überfüllt, ich sollte deshalb erst gar nicht hineingelassen werden. Zwischenzeitlich konnte ich mit einem der Strafverteidiger sprechen. Er berichtete über die erlittenen Foltermethoden, denen die Studierenden während ihrer Haftzeit ausgesetzt waren wie gezieltes Überspritzen mit eisigkaltem

Wasser aus Hochdruckschläuchen auf Mund und Genitalien, Aufhängen an den Armen, Schläge, Verdrehen der Hoden, Elektroschocks, Vergewaltigung der Frauen. Amnesty international hat die Folterung bestätigt, und Belgin Cengiz, eine strafentlassene Studentin, berichtete, dass bis zum kommenden Prozeß in drei Monaten die Inhaftierten weiterhin in der Haft gefoltert werden.

AntifaZ: Was geschah nach dem Urteil?

Stefan: Wir nahmen im Innenstadtbereich Kizilay von Ankara an einer Demonstration gegen das Urteil teil. Daran waren 4000 Personen beteiligt, allerdings davon die Hälfte Polizisten. Der ganze Platz war hermetisch abgeriegelt. Demonstrierende aus anderen Städten waren schon bei der Ankunft am Bahnhof verhaftet worden. Andere waren erst gar nicht nach Ankara gekommen und hatten in ihren Heimatstädten protestiert, so in Istanbul, wo es auch zu blutigen Polizeieinsätzen kam.

Die Demonstration in Ankara verlief heftig und kurz. Schon nach drei Minuten, noch während des ersten Redebeitrags, wurde sie äußerst brutal durch die staatlichen Sicherheitskräfte aufgelöst. Mit Wasserwerfern beschossen sie die Menschenmenge und trieb sie die Straße hinauf. Sie knüppelten auf die Kundgebungsteilnehmer/innen ein. Über 270 Studierende wurden verhaftet, 40 von ihnen kamen vors Staatssicherheitsgericht. Die Polizisten - zivile und uniformierte - verwiesen uns des Platzes, einem unserer Delegationsmitglieder nahmen sie den Paß ab, dem Journalisten Kamera und Filme. Wir mußten dann vor dem Rückflug die deutsche Botschaft einschalten.

Später behaupteten die türkischen Beamten, unser Kollege habe den Paß verloren und sie hätten ihn auf dem Platz gefunden.

AntifaZ: Was ging Euch durch den Kopf, während auf Eure Kommiliton/innen draufgeprügelt wurde? Konntet Ihr hinschauen?

Deniz: Wir wollten nicht weggehen, man will dabei sein, man will die Studierenden nicht alleine lassen. Rückwirkend bewundere ich den Mut der türkischen Studierenden, gegen die Unterdrückung anzukämpfen. Sie verdienen unsere uneingeschränkte Solidarität.

AntifaZ: War dies das Ende Eurer Reise?

Stefan: Am nächsten Tag fuhren wir nach Afyon zum Prozeß gegen die Mörder des Journalisten Metin Göktepe, der im Januar 1996 in Istanbul während seiner Recherchen zu den Häftlingsrevolten verhaftet und dann im Sportpalast ermordet wurde. Sechs der damals Verantwortlichen wurden zu siebeneinhalb Jahren Haft verurteilt, fünf der Leute frei gesprochen. Aber machen wir uns nichts vor: Die Strafen vermindern sich noch durch die Untersuchungshaft, einige werden auch durch bloße Geldstrafen frei kommen.

AntifaZ: Worin unterscheiden sich Gerichtsverhandlungen in der Türkei von deutschen Prozessen?

Stefan: Das Formale allein ist schon verwirrend: Man sieht nicht, wo die Angeklagten sitzen, wo die Verteidiger. Es durfte gefilmt und fotografiert werden. Auch die Richter sind nicht unabhängig und unterliegen den Weisungen der Militärs. Ich möchte aber nicht indirekt sagen, dass es bei uns in Deutschland so viel besser wäre. Auch wir haben

Demokratiedefizite. Und wie man während der Stammheimprozesse sah, gab es mit einem Mal auch ganz schnell Sondergesetze.

AntifaZ: Was habt Ihr Euch - nachdem Ihr heil und unbeschadet zurückgekommen seid - für Eure weitere studentische Arbeit vorgenommen?

Deniz: Wir möchten mit den Studierenden aus der Türkei in Kontakt bleiben und erwarten im Mai eine Delegation von Studierenden aus der Türkei an der RUB. Als feststehenden Termin bieten wir am 4. Mai an der RUB eine Veranstaltung über die Situation der Studierenden in der Türkei an, wo wir über unsere Erfahrungen berichten werden. Wir müssen darüber informieren, dass in der Türkei 14jährige Schüler/innen wie 1995 in Manisa bestialisch gefoltert werden und Zeugen dieser Tat, wie ein sozialdemokratischer Abgeordneter, nicht gehört und beachtet werden. Die Jugendlichen sind teilweise noch inhaftiert, aber ihre Folterer laufen frei herum. Und Studierende, die ihre natürlichsten Forderungen zum Ausdruck bringen, werden zu 96 Jahren schwerer Haft verurteilt.

Stefan: Jetzt bald ist wieder Reisezeit, Türkeireisende sollen sich bewußt sein, dass sie in ein Krisengebiet fliegen. Die Türkei ist kein sicheres Drittland, dorthin abgeschobene Flüchtlinge sind nicht sicher. Angesichts dessen ist die deutsche Abschiebep Praxis menschenverachtend und gehört gestoppt. Auch die deutschen Waffenlieferungen in die Türkei müssen endgültig beendet werden.

AntifaZ: Wir danken für dies Interview.

(Thea A. Struchtemeier)

KRITIK = TERROR

*Die Türkei zwanzig Jahre nach dem Militärputsch
Noch immer Ausnahmezustand*

Rund zwanzig Jahre sind seit dem letzten Militärputsch in der Türkei 1980 vergangen und wieder oder besser noch immer spielt das Militär die maßgebliche Rolle in der türkischen Politik, so dass sich trotz einer Zivilregierung und Wahlen dort bisher so gut wie nichts am militärischen Ausnahmezustand für die Bevölkerung geändert hat.

Es gibt immer noch die durch das Militär 1980 eingeführte Verfassung sowie die meisten der damals geschaffenen Gesetze. Bei jeder Entscheidung der Regierung, aber auch der Justiz und Verwaltung, hat das Militär ein Vetorecht. Gerne stellt es sich dabei als Bewahrer der Demokratie und des Erbes Atatürks dar, der eine Westorientierung und die Trennung von Kirche und Staat in der Türkei einleitete.

Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, dass dieser Prozeß sich an den quasiabsolutistischen Obrigkeitsstaaten der Jahrhundertwende orientierte und mit einem modernen Demokratieverständnis nicht zu vergleichen ist. Ausfluß der Rolle des türkischen Militärs ist die direkte und indirekte Einflußnahme auf alle gesellschaftlichen Entscheidungsträger. Sei es der Hochschulrat YÖK (Yüksek Öğretim Kurulu), dem durch Militärerlaß aufgetragen wurde, eine Bekleidungsordnung an den Hochschulen zu erlassen, die Justiz, die so gut wie kein Urteil ohne Einflußnahme durch das Militär, geschweige denn gegen Militär und Polizei fällen kann, oder die Regierung, der z.B. Anfang April aufgetragen wurde, ein Gesetzespaket zur "Bekämpfung des Islamismus" zu unterzeichnen oder bei Weigerung zurückzutreten.

Die Meinungen über dies Vorgehen sind durchaus gespalten, denn z.Z. richten sich viele Maßnahmen gegen radikale IslamistInnen. So das Verbot der Refah Partei von Ex-Ministerpräsident Erbakan, und auch die erwähnte Kleiderordnung an den Hochschulen betraf u.a. ein Kopftuch- und Bartverbot an den Unis. Jedoch darf dabei nicht vergessen werden, dass sich die Maßnahmen des Militärs nicht nur und nicht hauptsächlich gegen demokratiefeindliche Bestrebungen richtet. Hauptziel sind und waren kritische Menschen, die Themen wie Menschenrechtsverletzungen, Gewalt von Militär und Polizei, Demokratisierung und Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen thematisieren.

Protest an Schulen und Universitäten

So richtete sich der Protest der Studierenden im Wintersemester 1995/96 an vielen türkischen Unis unter anderem gegen die Erhöhung der Studiengebühren um 350 %, Privatisierung der Hochschulen und die Anwesenheit uniformierter und ziviler Polizei auf dem Campus. Die Studierenden traten für ihr Recht auf Mitbestimmung an den Universitäten und freie Meinungsäußerung ein. Die Folge dieser Protestbewegung war eine Welle von brutalen Übergriffen der Polizei und die Kriminalisierung der Studierenden.

Es kam bei Demonstrationen zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei und vielen Verhaftungen. Acht Studierende, die im türkischen Parlament ein Transparent entrollten, wurden vor dem Staatssicherheitsgericht (Devlet Güvenlik Mahkemesi, DGM) zu insgesamt 96 Jahren Haft verurteilt (Haftstrafen zwischen 3 Jahren und 9 Monaten bis 18 Jahren). Auch vor Schulen machen Polizei und Militär nicht halt. Erwähnt sei nur der "Fall Manisa", wo SchülerInnen von der Polizei tagelang gefoltert und z.T. sexuell mißbraucht wurden und die Angeklagten trotz eindeutiger Beweise und Zeugenaussagen Anfang April freigesprochen wurden. Oder der Fall der 16jährigen Schülerin aus Istanbul, die für den Satz "Kein Krieg am Golf" (gemeint ist der Golfkrieg 1990, gegen den auch hierzulande etliche auch auf die Straße gegangen sind) zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt wurde.

Staatlicher Terror gegen Gewerkschaften, JournalistInnen und AnwältInnen
Ebenso werden Gewerkschaften, die für bessere Arbeitsbedingungen protestieren, unterdrückt und verfolgt. So ist die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft bzw. die Weigerung auszutreten, ein Kündigungsgrund. Auf Gewerkschaftsveranstaltungen und bei Streiks kommt es regelmäßig zu Auseinander-

setzungen mit der Polizei und zu Massenverhaftungen unter den GewerkschafterInnen. ReporterInnen und SchriftstellerInnen, die kritisch über die bestehenden Mißstände berichten wollen, werden verfolgt oder bezahlen den Einsatz für die Presse- und Meinungsfreiheit mit ihrem Leben. So wurden nach Angaben der internationalen Journalistinnenvereinigung "Reporter ohne Grenzen" allein 1996 421 Journalisten festgenommen und es kam zu 154 gewaltsamen Übergriffen durch die türkische Polizei. In den 90er Jahren wurden in der Türkei 25 Journalisten durch den Staat ermordet, unter ihnen auch Metin Göktepe, dessen Fall auch international für großes Aufsehen sorgte. Die Täter gehen, sofern überhaupt eine Untersuchung eingeleitet wird, in der Regel straffrei aus. AnwältInnen, die sich für die Verfolgten einsetzen oder Verfahren gegen die staatlichen Mörder betreiben, sind nach Angaben des progressiven

AnwältInnenvereins CHD (Cagdas Hukukcular Dernegi) staatlichen Repressionen ausgesetzt, stehen als Angeklagte vor Gericht und werden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Exemplarisch sei nur das Beispiel des blinden Menschenrechtsanwalts Esber Yagmudereli genannt, der auf Grundlage unhaltbarer Vorwürfe zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt wurde und nur durch internationalen Druck, allerdings aus "gesundheitlichen Gründen", wieder freigelassen wurde. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Wie sehr das Militär und die Regierung bei der Unterdrückung der kritischen Opposition in der Türkei offenkundig mit kriminellen Banden zusammenarbeitet, zeigte sich 1996 bei einem Autounfall in Susurluk. In dem verunglückten PKW kamen neben einem hochrangigen Parlamentsabgeordneten und dem Ex-Polizeipräsidenten von Istanbul und damaligem Innenminister auch ein von Interpol

gesuchter Waffen- und Drogenhändler um, der auch in verschiedene andere politische Skandale verwickelt war. Zwar wurde versucht, den Vorfall zu vertuschen, dies ist jedoch nicht gelungen. Die bis dahin immer bestrittene Verbindung zwischen Legislative, Exekutive und der Mafia war damit offenkundig. Aufgrund der öffentlichen Proteste mußte eine Untersuchungskommission eingesetzt werden, diese bestätigte nach langem Hin und Her zwar, dass es Verbindungen zur Mafia gibt und auch bezahlte Morde gegen RegimekritikerInnen etc., stellte sich aber auf den Standpunkt, dass dies auch richtig und nötig zum Schutz des Staates sei. Bemängelt wurde lediglich, dass dies nicht besser organisiert worden sei.

Deutsche Waffen, deutsches Geld...

Nun wird sich mancheR fragen, was all das mit ihr oder ihm zu tun hat. Die beschriebene Türkei scheint weit weg zu sein, selbst wenn man seine zwei Wochen Pauschalurlaub dort verbringt, und Sinn kann es sicher auch nicht sein, sich nun befriedigt zurückzulehnen und sich glücklich zu schätzen, in "diesem unserem Lande" zu leben. Zum einen gibt es auch hier Demokratiedefizite und andere Mißstände, die es zu bekämpfen gilt. Auch in Deutschland haben wir "ungeklärte Vorfälle", bei denen Polizei, Regierung und Geheimdienste mit dubiosen Banden Hand in Hand arbeiten oder Rechtsradikale und Faschisten decken. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an den Plutoniumschmuggel aus Rußland oder die "Gesprächsrunden zur inneren Sicherheit", die Berlins Innensenator Schönborn veranstaltet, zu denen neben Vertretern aus Politik und

BUCHLADEN

TARANTA BABU



- LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK
- SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND
- SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE •
- ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER •
- MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA

Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00

Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)

44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

Wirtschaft auch Mitglieder rechtsradikaler und faschistoider Organisationen eingeladen werden, und nicht zuletzt die "ungeklärten Brandanschläge" auf Flüchtlingsheime, bei denen gegen Opfer ermittelt und gegen mutmaßliche Täter trotz erdrückender Indizien nichts unternommen wird. Auch in der BRD werden massiv Grundrechte verletzt, indem Zeitungen wie die *radikal* oder *interim* verboten und kriminalisiert werden oder Demonstrierende von der Polizei brutal zusammengeschlagen werden wie in Gorleben und Ahaus. Grundrechte wie das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung oder auf Asyl wurden zu leeren Worthülsen, und nicht unerwähnt bleiben sollte auch, dass die im Rahmen der Stammheimprozesse in den deutschen Strafvollzug eingeführte Isolationshaft international als Folter gilt.

Neben diesen Mißständen, die keinen Raum lassen, mit diesem "demokratischen Rechtsstaat" übermäßig zufrieden zu sein, sollte nicht vergessen werden, dass die BRD die Türkei in ihrem Tun direkt und indirekt maßgeblich unterstützt. Dies fängt bei dem relativen Schweigen der deutschen Medien über die tagtägliche Unterdrückung und Menschenrechtsverletzung in der Türkei an. Kommt die Sprache auf das Thema Menschenrechte, wird es oft nur als leere Floskel gebraucht und dient der Begründung bestimmter, i.d.R. wirtschaftlicher Interessen. Konsequenzen werden aus der Lage in der Türkei jedoch nicht gezogen. Die deutsche Abschiebep Praxis, die die Türkei immer noch als "sicheres Drittland" qualifiziert, legitimiert auch international das Vorgehen des türkischen Staates gegen die Demokratiebewegung

in der Türkei. Deutsche Waffen werden nachweislich nicht nur zur "Verteidigung der Außengrenzen", sondern auch in Kurdistan und der Türkei gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt. Schließlich wird auch das Militär und die Polizei durch "deutsches Geld" über Wirtschaftshilfen im Rahmen internationaler Verträge und Organisationen und nicht zuletzt durch den Tourismus mitfinanziert.

Perspektiven

Veränderungen sind angesichts der Lage in der Türkei nur schwer durchzusetzen und können weder von der Türkei allein noch ausschließlich durch das Ausland erreicht werden. Eine Blockadehaltung gegen die Türkei auf religiös-nationalistischer Grundlage, wie sie von der deutschen Bundesregierung betrieben wird, ist dabei ebenso verfehlt wie eine militärisch motivierte Einbindung der Türkei in die EU, wie sie von den USA gefordert wird. Ein erster Schritt kann internationaler, öffentlicher Druck auf die Türkei sein, sei es durch

Prozeßbeobachtung, Solidaritätsdemonstrationen, Boykott etc. dabei sollte mensch aber nicht stehen bleiben. Zum einen muß gegen die anhaltende Bagatellisierung der Menschenrechtsverletzungen angegangen werden. Sowohl Täter als auch Opfer des staatlichen Terrors in der Türkei haben ein Gesicht und eine Geschichte, eine lediglich floskelhafte Berufung auf Menschenrechte ist angesichts dessen zu wenig. Auch haben die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei Gründe, die nicht selten auch im Verhalten der sog. westlichen Staatengemeinschaft liegen.

Solange diese "westliche Staatengemeinschaft" ein Regime wie das in der Türkei unterstützt, wird sich dort nichts wirklich ändern, daher müssen sich Proteste und Forderungen nach Veränderungen auch an die Regierenden dieser westlichen Staatengemeinschaft richten.

Stefan Senkel (Ruhr-Universität Bochum)



Demonstration auf dem Beyazıtplatz vor der Universität von Istanbul (Foto: S. Senkel)

DIE LANDESZENTRALE DER NPD IN NRW

Was vielen wohl unbekannt ist, ist die Tatsache, dass sich die Landeszentrale der nordrheinwestfälischen NPD im Ruhrgebiet befindet. Und zwar in Bochum-Wattenscheid, in der Günnigfelder Str. 101 a.

Der Landesverband der 1964 gegründeten Partei hat dies mehrstöckige Haus seit 1978 von einem ihrer Mitglieder, dem Toilettenwagenunternehmer Heinz Heilmann, angemietet. Laut veralteteten Informationen gibt es im Haus diverse Lager-, Büro- und Versammlungsräume, eine Druckerei und einen Schlafsaal.

Waren Anfang der 80er Jahre noch viele Aktionen gegen die Landeszentrale zu verzeichnen (so z.B. eine "Rund um die Uhr - Belagerung" des Hauses, die im September 1982 eine Woche lang andauerte, oder die massiven Störungen des NPD-Landesparteitages am 12. Mai 1983 in der Wattenscheider Stadthalle), wurde es vom Ende der 80er Jahre bis heute immer ruhiger um den Landessitz der NPD. Es kam lediglich zu zwei Demonstrationen. Dabei kam es 1988 im Anschluß an eine Demonstration anläßlich des 55. Jahrestages der Machtübertragung an die Nazis zu einem Überfall auf abziehende AntifaschistInnen, der sich zu einer Straßenschlacht mit ca. 80 Beteiligten entwickelte und beiderseits viele Verletzte einforderte. Am 17. Mai 1992 fand die letzte antifaschistische Demonstration in Wattenscheid statt. Sie richtete sich gegen einen angeblichen NPD-Parteitag.

Ansonsten aber ist, wie schon gesagt, Ruhe um die NPD und

ihre Landeszentrale in Wattenscheid eingekehrt. Wohl gemerkt: antifaschistische Ruhe.

Eine Ruhe, die es den Nazis der NPD in den letzten Jahren ermöglicht hat, ihr Wirkungsfeld und die Bedeutung der Landeszentrale immer mehr auszubauen.

Über die Landeszentrale ist nicht nur der Landesverband zu erreichen, sondern auch ihr monatlicher "Deutsche Zukunft - Landesspiegel NRW" (Auflage ca. 4000). Ebenso dient die Günnigfelder Str. 101 a als Adresse des WOBO-Design.

WOBO-Design wird von dem NPD-Mitglied Wolfgang Henning betrieben. Henning, in den 70er Jahren aktiv in der NS-Schlägergruppe "Harting-Bande", bietet mit seinem Betrieb nicht nur Satz, Layout und Druck an. Er ist auch derjenige, der die Internet-Seiten der NPD zusammenstellt. So z.B. für die "Deutsche Stimme, Verlag GmbH".

Dieses in 35000 Auflage erscheinende NPD-Parteiorgan aus Stuttgart bietet neben diversen Büchern von Franz Schönhuber, Alfred Rosenberg, Udo Walendy etc p.p. und mannigfache CDs wie "Schicksalsjahre der Hitler-Jugend" von Artur Axmann, Frank Rennicke, "Kraft durch Froide", "Böhse OnkelZ", "Spreegeschwader", "Endstufe" usw. an. Weitere Internet-Verbindungen

(sogenannte links) gibt es natürlich auch. So z.B. zum "Thule-Netz", "Bund freier Bürger", der "Jungen Freiheit", "Der Aufbruch", "Nationales Informationszentrum Hamburg" oder auch zur österreichischen "FPÖ" und der "British National Party".

In der "Deutschen Stimme" ist unter anderem auch Udo Holtmann aktiv. Gleichfalls Bochumer wie Henning, ist er Landesvorsitzender der NPD/NRW und stellvertretender Bundesvorsitzender.

Als Kontaktadresse dient die NPD-Landeszentrale obendrein für die rechtsextreme Lokalpostille "Freiheit Wattenscheid". Dieses von Michael Frank seit Anfang der 90er Jahre herausgegebene Blatt dient der NS-Szene als Pilotprojekt für Lokalpolitik. Nach außen hin setzt es sich angeblich für die Unabhängigkeit des von Bochum eingemeindeten Wattenscheid ein. Es war, und ist sicherlich noch, eng verzahnt mit dem harten Kern der militanten Nazi-Szene des Ruhrgebiets. Vorwiegend "Volkswille" und Anti-Antifa-Aktivisten zählten zu den Verteilern der früher kostenlosen Zeitung. Neben Geschichtchen lokalpatriotischer Couleur trieft die Zeitung von Germanentümelei und Rassismus, Werbung für rechte Bücher, Verlage und Skinzeitungen wie "Rock Nord" sowie Wahlempfehlungen für rechte Parteien.

Die JN darf in diesem braunen Reigen natürlich auch nicht fehlen. Sie ist ebenfalls über die NPD-Landeszentrale in Wattenscheid zu erreichen. Bis vor kurzem hatte sie sogar ihren Bundessitz dort, bevor sie ihn nach Dresden verlegte. Ansässig in Wattenscheid ist der "JN Regionalverband Ruhr", der unter anderem das interne

Mitteilungsblatt "Der Ruhrstürmer" herausgibt. Dieses wird verantwortet von Peter Viola, Dennis Rost und der sattsam bekannten Melanie Dittmer. Die JN Wattenscheid verfügt mit dem Zentrum über einen guten logistischen Knotenpunkt und ist in der letzten Zeit immer aktiver geworden. Sie agitiert massiv und rekrutiert gezielt an

Schulen. Es kommt zu immer mehr Überfällen.

Im diesjährigen Karneval zettelte sie diverse Massenschlägereien provokant an und trat wieder gezielt provokant bei der Gänserreiterdemo auf.

Auch in Gelsenkirchen ist es in dem letzten Jahr immer öfters zu Patrouillenfahrten und bewaffneten Übergriffen seitens

der JN gekommen. Kein Wunder also, dass am 7.2. von der NPD-Zentrale in Wattenscheid ein vollbesetzter Bus nach Passau zum "Tag des nationalen Widerstands" losfuhr.

Es stellt sich somit die Frage, ob die antifaschistische Ruhe in Wattenscheid weiterhin andauern soll ?

(Leserzuschrift)

AFB - Ortsgruppe Wanne - Eickel besucht die Wewelsburg Kontakte zu Wewelsburger Antifas geknüpft

Für knapp eine Woche hielten sich Mitglieder der AFB - Gruppe aus Wanne - Eickel auf der Wewelsburg auf. Die Wewelsburg ist sicher nach wie vor ein Ort, an dem AntifaschistInnen konkret die Zeit des Nazi-Terrors und der SS untersuchen können (siehe auch Berichte in früheren Ausgaben unserer Zeitschrift).

Für uns AntifaschistInnen aus Wanne, die die Wewelsburg bisher nur aus Berichten kannten, waren der Aufenthalt in der Burg, die heute zum größten Teil als Jugendherberge dient, und die malerische Umgebung des Almetals natürlich auch ein Mittel, einmal aus der Öde und Langeweile in Wanne herauszukommen.

So nutzten wir die Zeit natürlich auch zu einem ausgiebigen Tagesausflug nach Paderborn, wo wir aber feststellen mußten, dass es dort fast genauso langweilig ist wie in Wanne. Aufgefallen ist uns, dass die Menschen die Stadt auch in Paderborn fast nur zum Einkaufen nutzen (zumindest die, die dazu das nötige Geld zur Verfügung haben), wobei aber der auffallend hohe Anteil an Geschäften mit Luxusartikeln sich doch beträchtlich von Wanne unterscheidet. Neben dem auf den ersten Blick reichen und sehr sauberen Eindruck dieser Stadt bemerkten wir aber doch, dass auch hier zahllose Menschen obdachlos sind und sich ihren Lebensunterhalt durch Betteln zu verschaffen suchen. Außerdem gibt es auch nicht wenig Jugendliche, die an bestimmten Plätzen der Stadt 'rumhängen' und des öfteren von Polizeistreifen observiert werden.

Wichtiger war uns jedoch eine gründliche Besichtigung der Ausstellung über die NS-Geschichte, untergebracht im ehemaligen Wachgebäude der Burg, und der Ausstellung des "Heimatismuseums", die ganz im Zeichen der katholischen Kirche unter Federführung des Erzbistums Paderborn steht.

Im "Heimatismuseum" konnten wir so gut wie keine Spuren der Nazizeit entdecken, besonders ärgerlich fanden wir, dass auch die übrigen Orte in der Burg, die an die Nazizeit erinnern, der allgemeinen Öffentlichkeit nicht mehr zugänglich sind. Besonders hätte uns natürlich eine Besichtigung der "Gruff" im Nordturm interessiert. Der Zutritt wurde uns mit der Begründung verwehrt, dass Rechte dort häufiger ihrer "Helden" gedacht hätten und sogar Lagerfeuer in der "Gruff" entzündet hätten. Ein Zugang ist heute nur noch bei größeren Gruppen mit Führung und Voranmeldung möglich.

Umso mehr waren wir dann von den Dokumentationen in der Ausstellung über die NS-Zeit auf der Wewelsburg betroffen, vor allem über hohe Zahl der Todesopfer, die durch die Zwangsarbeit und die Morde der KZ-Aufseher des ehemaligen KZ Niederhagen bewirkt worden waren.

Doch es gab auch etwas Erfreuliches: Bei einer Ortsbesichtigung des Geländes, auf dem das KZ Niederhagen sich befunden hatte, bemerkten wir auf der Wiese, auf der sich damals der Appellplatz des KZs befunden hatte, ein frisch angelegtes Gedenkdreieck, das von einigen Jugendlichen gepflegt wurde.



Wewelsburg:

Ehemaliger

Appellplatz



Wir kamen ins Gespräch, und es stellte sich heraus, dass sich im Dorf Wewelsburg eine Gruppe von neun Jugendlichen zusammengeschlossen hat, um von der Stadt Paderborn und vom Ort Wewelsburg das Anlegen einer Gedenkstätte auf diesem Gelände zu fordern.

Diese Initiative hatte sich erst kurz vor unserem Besuch gebildet und war schon überaus aktiv geworden: Zum Jahrestag der Befreiung der Überlebenden aus dem KZ hatten sie eine Aktionswoche organisiert und das Gedenkdreieck errichtet, dass vorläufig anstelle einer später

errichteten Gedenkstätte deren Funktion erfüllen soll. Am Jahrestag der Befreiung der Überlebenden hat eine Kundgebung stattgefunden, die von der VVN-BdA unterstützt wurde und auf der ehemalige Häftlinge des KZ Niederhagen sowie Paderborner Politiker anwesend waren.

Wir vereinbarten, in Kontakt zu bleiben und im nächsten Jahr mit einer AFB-Gruppe bei der dann hoffentlich zu feiernden Einweihung einer Gedenkstätte wiederzukommen.

AFB - Ortsgruppe Wanne-Eickel

VERANSTALTUNGSHINWEIS :

"WIE BÖ(H)SE SIND DIE ONKELZ ?"

Am 9. Juni veranstaltet die Ortsgruppe Wanne-Eickel des AFB gemeinsam mit der SV in der Gesamtschule Wanne-Eickel, Stöckstr. 41, um 18.00 Uhr eine Diskussionsveranstaltung zum Thema "Böhse OnkelZ".

Es gibt Filmausschnitte von OnkelZ-Konzerten, Kurzbeiträge zu den Themen "Frauenbild", "Religionskritik", "OnkelZ-Kult" und "politische Einschätzung der OnkelZ".

Außerdem berichten Mitglieder von OnkelZ-Fanclubs, wie sie OnkelZ-Fans geworden sind.

Das Interesse an dieser wohl erfolgreichsten Jugend-Kult-Band ist ungebrochen - die Meinungen über sie nach wie vor kontrovers.

Wir wollen Fans und Kritiker der Band ins Gespräch bringen - im Interesse des Entstehens einer demokratischen Jugend-Kultur, die sich ihrer kommerziellen Einbindung in Marktstrategien und modernen "Rattenfängern" entzieht und ihre eigenen Interessen in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einbringt. **Kommt zahlreich!**

DIENSTAG, 9. JUNI, 18.00 Uhr,

Raum 174 der GESAMTSCHULE WANNE-EICKEL

Zwei Nächte vor dem 1. Mai waren wir zu zweit in Dortmund-Hörde damit beschäftigt, Plakate der KPD zum 1. Mai mit der Parole *"Arbeit, Wohnung und Auskommen für alle!"* zu kleben. Als Klebefläche nutzten wir an einer Stelle der Faßstraße, wo die **DGB-Gruppe aus Hörde** vorbeikommen sollte, bereits vorhandene kommerzielle Werbeplakate. Wir wurden von einem Zivilen mit Schnauzbärtchen (vermutlich einem verdeckten Ermittler), der aus einem Auto sprang und eine Pistole auf uns richtete, mit der Aufforderung *"Halt, stehenbleiben! Oder ich schieße!"* dazu aufgefordert, uns mit erhobenen Händen an die Wand zu stellen, wie man es in Action-Filmen der USA zu sehen bekommt. Das taten wir nicht, sondern erklärten es angesichts des Anlasses als lächerlich, und er nahm davon Abstand. Ja, von uns moralisch ein wenig in die Mangel genommen, machte er sogar den hündischen Versuch, bei uns gut Wetter mit der "Entschuldigung" zu machen, er müsse ja auch von irgendwas leben.

Wir mußten am Ort bleiben, bis er über Handy eine Streife der Polizeiwache Hörde herbeigerufen hatte, die etwa 10 Minuten später eintraf. Einer von uns (K) konnte sich dieser gegenüber ausweisen, der andere (J) nur Angaben zu seiner Person machen, da er sein Identitätspapier in der Wohnung des anderen zurückgelassen hatte. Während dieses Vorgangs war der Zivile plötzlich verschwunden. Den vorgezeigten Ausweis behielt die leitende Streifenbeamtin vorerst ein und forderte uns auf, unsere Taschen zu leeren. Außer den in einer Tüte mitgeführten noch nicht verklebten drei Plakaten und einigen durch

Kopieren von der Titelseite des **Roten Morgen** erstellten "Visitenkarten" mit Post-, Fax-, Internet- und E-Mail-Adresse wurde dabei nichts zu Tage gefördert, was einen Verdacht der Beamten hervorrief. Wir wurden aufgefordert, die bereits verklebten Plakate am "Tatort" zu entfernen, was relativ mühelos ging, da zwecks Vermeidung von Sachbeschädigung der Kleister locker gerührt war.

Anschließend wurden wir im Streifenwagen zur Polizeiwache Hörde transportiert, wo wir erneut eine langwierige Personenbefragung für den auf dem Computer an Hand eines Formblattes zu erstellenden Polizeibericht über uns ergehen lassen

Festnahme, Wohnungsdurchsuchung und Fotografieren einer Wohnung durch die Polizei nach "wildem Plakatkleben"

mußten. Insbesondere wollte man wissen, wo noch überall geklebt worden sei. Wir zuckten nur mit den Achseln.

Nun hätte die Polizei uns beide zur Wohnung von K fahren können, wo dieser dann das Identitätspapier von J hätte holen und der draußen wartenden Polizei vorzeigen können. Es lief aber anders. Nach einem Telefonat mit dem "Staatschutz" und einem von einem hereingekommenen Zivilen, der uns kurz anblickte, leise, aber wohl absichtlich für uns hörbar geäußerten "Glückwunsch" an die Streifenbeamtin, daß ihr angeblich ein "dicker Fisch" ins Netz gegangen sei, wurde, nachdem man uns etwa eine Stunde auf der Wache festgehalten

hatte, die Arbeit an dem Bericht unterbrochen und beschlossen, die Wohnung von K zu durchsuchen. Begründung: dort könnten weitere Plakate und Propagandamaterial der KPD liegen. Der Hinweis, daß die KPD nicht verboten ist, wurde ignoriert. Um die nächtliche Uhrzeit (es war bereits 2 Uhr durch) war es unmöglich, einen Anwalt zu benachrichtigen.

Mit vier Beamten, verteilt auf zwei Streifenwagen, in die jeweils einer von uns verfrachtet wurde, fuhr uns die Polizei zur Wohnung von K, wo K im Beisein von zwei Beamten die Tür aufschließen mußte und diese noch vor ihm die Wohnung in einer Weise betreten, als vermuteten sie darin weitere Personen, von denen sie nicht überrascht werden wollten. Vielleicht waren sie von der Tatsache irritiert, daß K im Schlafzimmer das Licht hatte brennen lassen. Ob sie eintreten dürften, danach hatten sie gar nicht erst gefragt. Auch die Aufforderung: *"Kommen Sie in die Küche!"* überhörten sie zunächst.

Obgleich die Polizisten sofort den Führerschein desjenigen, der sich nicht hatte ausweisen können, zu sehen bekamen und sich damit hätten begnügen können, inspizierten sie sämtliche Räume, hoben hier ein Exemplar des **Roten Morgen** auf, dort eine **Rote Fahne**, besonders fasziniert waren sie offenbar von einer griechischen Zeitung, auf deren Titelseite man die Buchstaben **PKK** lesen konnte. Außerdem bestaunten sie die rund fünftausend Bücher, die K in seinem Leben angesammelt hatte. Die Polizistin vertiefte sich dabei z.B. in ein kurdisch-deutsches Wörterbuch. Auf die Frage: *"Wollen Sie Kurdisch lernen?"* legte sie es wieder hin. Der Hinweis, daß all

diese Literatur ebenfalls nicht verboten ist, schien sie zunächst nicht sonderlich zu beeindruckten. Sie spielte halblaut mit dem Gedanken einer Beschlagnahme und tat auf eine etwas zögerliche Manier so, als wolle sie über Handy einen Lkw anfordern, offenbar mit der Absicht, die Wohnung auszuräumen, nahm dann aber davon Abstand, als K sie freundlich darauf aufmerksam machte, daß ihm für jedes Teil, das aus seiner Wohnung entfernt werde, eine Quittung ausgestellt werden müsse. Das erschien der ohnehin mit uns gestreßten Polizistin denn doch zu viel der Mühsal. Ihr Kollege nahm die Tasche von J, der draußen in dem zweiten Streifenwagen warten mußte, an sich, durchsuchte sie kurz, ohne etwas zu finden, dann durchsuchten sie sein vor der Wohnung abgestelltes Auto und fuhren uns anschließend zur Wache zurück.

Dort erstellte ein Polizeimeister F umständlich einen Bericht über *"wildes Plakatieren"* in vierfacher Ausfertigung, von dem K nach Unterschriftleistung unter drei davon das vierte Exemplar ausgehändigt bekam. Darin wurde ihm bestätigt, daß in der Wohnung *"nichts Verdächtiges gefunden"* wurde. Bei dieser Gelegenheit wies K darauf hin, daß bei unserer Festnahme mit Bedrohung mit einer Pistole bloß wegen "wildes Plakatierens" von dem Zivilpolizisten die Verhältnismäßigkeit der Mittel nicht gewahrt wurde, und erinnerte an den Fall des kurdischen Plakatklebers **Halim Dener**, der vor einigen Jahren in Hannover von einem Zivilpolizisten auf der Flucht erschossen wurde. Der Berichtschreiber F, der zunächst den lahmen Einwand machte, es habe sich um einen besorgten Bürger

gehandelt, äußerte nach dem stirnrunzelnd vorgebrachten Einwand: *"So was wollen Sie uns erzählen?"* mit den Worten *"Das würde ich auch so machen!"* sein Verständnis dafür, als wir die Hoffnung ausdrückten, die Personalien des Zivilen zu erhalten, und im Falle einer Anzeige das dann notwendige Verfahren dazu nutzen würden, da dieser dann ja als Zeuge zu vernehmen wäre.

Den Raum, in dem wir uns aufhielten, durften wir die ganze Zeit über nicht verlassen. Ein Innendienstbeamter wachte wie ein Schießhund darüber. Als J auf die Toilette mußte, durfte er das nur unter "Aufsicht", erst auf die Frage: *"Finden Sie es schön, anderen beim Urinieren zuzusehen?"* drehte sich der Polizist leicht beschämt um. Nach Beendigung seines Toilettengangs ging J halb aus dem Toilettenraum, blieb dann aber abrupt stehen, um sich die Hände zu waschen. Der Beamte stürmte entsetzt wieder in den Toilettenraum, er hatte wohl den argen Verdacht, sein "Schützling" werde aus dem Fenster springen, obwohl dessen Personalien doch schon festgestellt worden waren!

So, daß es auch der am Schreibtisch sitzende Innendienstler hören konnte, sagte J wenig später: *"Ich gehe jetzt was zu trinken holen!"* (der Automat stand gleich außerhalb neben der Tür), fügte laut hinzu: *"Hoffentlich werde ich jetzt nicht auf der Flucht von hinten erschossen!"* und ging hinaus. Der Schreibtischhengst stürzte eilends hinterher: *"Sie haben mich gefälligst zu fragen, das habe ich überhaupt nicht gern!"* und stellte einen Bewacher ab, um eine "Flucht" beim Getränkeholen zu verhindern. (Dieser Mann

wirkte wie ein schneidiger Arier.)

Nach einem erneuten Telefonat mit dem "Staatsschutz", dem sie die ergebnislose Durchsuchung mitteilten, beschloß vermutlich auf dessen Weisung hin die Polizei, Aufnahmen vom Wohnungsinnern zu machen. Auf die Frage von K: *"Wenn ich das nun verweigere?"* kam die Antwort: *"...machen wir es trotzdem!"* Während sie J freiließen, sollte es mit K allein erneut zu seiner Wohnung zurückgehen. Als J jedoch daran erinnerte, daß sein Auto vor der Wohnung stand, waren sie so freundlich, auch ihn mitzunehmen. In der Wohnung zeigten sie sich besonders an Plakaten an der Wand interessiert - etwa einem Plakat mit dem Foto des von türkischen Polizisten ermordeten türkischen Journalisten **Metin Göktepe**, einem mit dem Foto des durch einen durch den türkischen Staat geduldeten klerikalfaschistischen Brandanschlag auf ein Hotel in **Sivas** verbrannten kommunistischen Philosophen **Asim Besirci**, einem mit dem Foto des in den USA wegen angeblichen Polizeimordes in der Todeszelle sitzenden schwarzen Journalisten und früheren **Black-Panther-Partei**mitglieds **Mumia Abu-Jamal**, einem mit dem Aufruf der **EZLN**: *"Heute haben wir gesagt: Basta!"* K erklärte den anwesenden Polizisten bereitwillig, worum es sich jeweils handelte. Auch einige Aufkleber der früheren Dortmunder Initiative **"Bürger beobachten die Polizei"**, bei der K mitgemacht hatte, fanden deren Interesse. Für die zahlreichen Exemplare der Zeitschrift **AntifaZ** (K ist Redakteur derselben) interessierten sie sich demonstrativ nicht. Ob der ominöse "Staatsschutz" (wir wissen nicht, um

was für einen Verein es sich dabei handelt) sie beauftragt hatte, die "günstige Gelegenheit" zu nutzen, um der Polizeipräsidentin in Recklinghausen für den vom **Internationalen Freundschftsverein Recklinghausen** angestrebten, wenige Tage später (für den 5. Mai) angesetzten Prozeßtermin in letzter Minute noch entlastendes Material zu beschaffen, wissen wir nicht.

Auf die abschließende Frage von K: "Na, wo habt Ihr denn jetzt überall die Wanzen versteckt?" die beinahe empörte Entgegnung der Polizistin: "Meinen Sie, wir könnten uns solch teure Geräte leisten?" Ja ja, die "arme" Polizei! Auch ein Opfer von Sparmaßnahmen. Wer's glaubt, wird selig.

Gegen 4 Uhr waren wir wieder frei.

Bei einem Stand der **Gewerkschaft der Polizei** am 1. Mai auf dem Dortmunder Friedensplatz unterrichtete K den ihm als Nachbar bekannten Kontaktbereichsbeamten und Polizeigewerkschafter B von dem Vorfall und wollte von ihm wissen, ob die Maßnahmen der Polizei rechtmäßig gewesen seien. Er wurde an eine in Rechtsfragen kundige Polizeigewerkschafterin verwiesen, die die Rechtmäßigkeit der gesamten Aktion bestätigte und mit dem Auftrag der Polizei rechtfertigte.

J/K

Im Raum Bochum/Dortmund waren in der Nacht zum 30.4. rund 120 Plakate der KPD an

einigen Stellen (Arbeitsämter) konzentriert verklebt worden. Bei einer Kontrolle am Tag danach wurde festgestellt, daß sie alle sorgfältig entfernt worden waren. Bei einem Stand des Arbeitsamtes bei der DGB-Abschlußkundgebung zum 1. Mai in Bochum äußerte sich ein Arbeitsamtsvertreter auf Befragen durch einen Verteiler des KPD-Flugblattes "Die Arbeiterklasse muß wieder eine eigene Kraft werden!" nicht ohne Stolz über die Leistung dieser raschen Plakatentfernung, von der die Arbeitslosen angeblich nichts gemerkt haben. Wenn sie ebenso stolz auf ihre Arbeitsvermittlungsleistung sein könnten, wäre in diesem Punkt ja die Welt in Ordnung, und es bedürfte solcher Plakate nicht.

Zum Thema
**Bundeswehr
und
Faschismus**

Um die Bundeswehr ist es in den Medien stiller geworden. Der Bundeswehr-Verteidigungs-Ausschuß des Bundestages ist der ihm zugedachten Aufgabe gerecht geworden - und so kann er denn von CDU-Abgeordneten auch als "Klamauk" abgetan werden, wozu diese Partei weidlich beigetragen hat. Rüge nutzte dieses Gremium, um noch einmal seinen Standpunkt zum besten zu geben, daß die faschistischen Umtriebe Ausnahmen seien, die mit dem

Charakter der Bundeswehr nichts zu tun hätten.

Bei einem anderen Klamauk dagegen hat er weniger Glück. In Frankfurt an der Oder wurde von der dortigen Stadtratsmehrheit von SPD und PDS ein feierliches Gelöbniß für 300 Rekruten abgesagt. Rüge hatte hier auf einen positiven Effekt des Oderbrucheinsatzes seiner Truppe in der Bevölkerung spekuliert. Bundesregierung und SPD-Spitze verurteilten gemeinsam die notwendig gewordene Verlegung des Gelöbnisses in den Ort Wriezen (Märkisch Oberland). Klamauk ist das Gelöbniß schon darum, weil der heutige Schwer-

Anzeige

MIT EINER
SOLARANLAGE
SCHEINT IHRE SONNE EIN BISCHEN LANGER



SWB
Sonnen- und Wärmetechnik- und Anlagenbau GmbH
Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung
Karl Hermann Str. 14
45701 Herten
Telefon 0 23 66 / 4 39 65

Heizungsanlagen
Sanitärinstallationen
Elektroninstallationen

Solaranlagen
Regenwassernutzung
Brennwertkessel

FACKELZUG ZUM NEWROZFEST IN RECKLINGHAUSEN

Internationaler Freundschaftsverein demonstriert ohne Polizeischikanen

Am 20. März, einen Tag vor dem kurdischen Newroz-Fest, organisierte der Internationale Freundschaftsverein (IFV) in Recklinghausen einen Fackelzug. Der Marsch ging vom Recklinghäuser Rathaus durch die Innenstadt zum Altstadtmarkt. Ca. 80 Menschen nahmen teil, überwiegend kurdische und türkische Bürger mit ihren Familien.

Es wurde von allen mit Freude und Erstaunen aufgenommen, dass die Recklinghäuser Polizeipräsidentin diesmal ohne jegliche Schikane eine Aktion des Freundschaftsvereins akzeptierte. Nur ein Streifenwagen begleitete den Umzug.

Es wurden Transparente mit der Aufschrift "Es lebe Newroz" und "Gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit - Für Solidarität und Völkerefreundschaft" getragen.

Vielfach erscholl während des Umzuges die Forderung nach der sofortigen Aufhebung des sogenannten PKK-Verbotes.

Auf einer Abschlussskundgebung auf dem Altstadtmarkt sprach ein Redner des

Freundschaftsvereins, außerdem führte eine kurdische Folklore-Gruppe aus Dortmund Tänze auf, die die Anwesenden begeisterten.

Alle waren sich einig, dass es eine gelungene Solidaritätsaktion war.

Im Nachhinein wurde jedoch diskutiert, dass man im nächsten Jahr besser eine Aktion zu einem günstigeren Zeitpunkt durchführen sollte. Zur Zeit des Umzuges waren leider nur noch wenig Recklinghäuser BürgerInnen auf den Straßen.

**Internationaler Freundschaftsverein (IFV)
Recklinghausen**



Kurznachrichten

Nazi-Shop durchsucht Ludwigshafen.

Der umstrittene Skinhead-Shop "Hehl's World" des Neonazi Christian Hehl in Ludwigshafen ist Ende März von Polizisten durchsucht worden. Sie fanden Werbematerialien für T-Shirts mit Gewalt verherrlichenden Aufdrucken. Die Staatsanwaltschaft Frankenthal ermittelt gegen den Inhaber. Wegen des Verdachts auf Volksverhetzung oder strafbare Gewaltdarstellungen hatte die Staatsanwaltschaft die Durchsuchung angeordnet. Die Polizisten fanden Werbeproschüren. Zum Beispiel zeigt eines der abgebildeten T-Shirts, so leitender Oberstaatsanwalt Lothar Liebig, wie

ein Skinhead einem Rauschgiftsüchtigen eine Fahnenstange durch den Hals rammt. Nach Liebigs vorläufiger Einschätzung kommt eine Geldstrafe nicht in Betracht, da Hehl unter Bewährung stehe. Von den Ergebnissen der Ermittlungen hänge es ab, so Bürgermeister Wilhelm Zeiser, ob die Stadt die Möglichkeit habe, den Laden schließen zu lassen. Noch vor Bekanntwerden der Aktion hatte die SPD-Fraktionsspitze die Schließung des Ladens und einen Zusammenhalt der demokratischen Parteien in dieser Frage gefordert. Der Bürgerinitiative sagte sie Unterstützung zu. (Quelle: Rheinpfalz)

*

CD-Verleger und Musiker vor Gericht

Wuppertal: Wegen Volksverhetzung und Verbreitung jugendgefährdender Schriften wurde "CD-Verleger" Dieter Koch (30) vom Hattinger Amtsgericht am 17.4. zu einem Jahr Haft auf Bewährung verurteilt. Außerdem muß Koch 10 000 DM Geldbuße für karitative Zwecke zahlen. Koch machte mit seinen CDs 700 000 DM Jahresumsatz. Angeblich will er die rassistischen, antisemitischen Texte nicht gekannt haben, doch die Ausflüchte nützten ihm vor Gericht wenig. Richter Pauli hob bei der Urteilsbegründung hervor, dass der Angeklagte noch günstig weggekomme. Das Urteil sei eine "kleine Chance", trotz der "enormen Rückfallgefahr". Wegen Volksverhetzung und Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole standen vor dem Wuppertaler Landgericht 17 Personen aus der Nazimusikszene.

Hauptangeklagte waren Steve Bramkamp ("Kraftschlag"), Jens-Uwe Apel (schwedischer Musiker), Dieter Schirmer aus Wuppertal (Verbindung zum Dieter Koch Verlag), Rainer Tribsch aus Wuppertal-Oberbarmen, Jens Schlupkothaus aus Wuppertal-Vohwinkel und Jörg Kirchner aus Wülfrath. Ein weiterer Prozeß zur Neonazimusikszene soll in Kürze beim Amtsgericht Solingen anstehen.

(VVN-BdA im EN-Kreis)

Massenabschiebung nach Kosova

Stuttgart: Der AK Asyl berichtet, dass am 16. April kosovo-albanische Flüchtlinge, darunter z.B. drei Familien aus dem Raum Heidelberg, in einer Charterabschiebeaktion von bis zu 120 Personen über den Stuttgarter Flughafen nach Pristina abgeschoben wurden.

Der AK Asyl wandte sich noch am selben Tag mit einer Protestnote an Innenminister Dr. Thomas Schäuble und verlangte von ihm, gegenwärtig von Abschiebaktionen in die kosovo-albanische Krisenregion abzusehen, bis die internationalen Sanktionen gegen Serbien gegriffen haben und die minimalsten Zusicherungen der Gewährung von Autonomie und Menschenrechten für Kosovo-Albaner umgesetzt sind und im Alltag auch von Polizei und Behörden eingehalten werden.

Nach Beobachtungen des AK Asyl sind Leib und Leben der aus Baden-Württemberg abgeschobenen Albaner keineswegs gesichert. Jede unbedachte und aktionistische Abschiebeaktion könne dazu beitragen, die Lunte an das Pulverfaß Kosova zu legen und einen Flächenbrand auszulösen. Ein vorläufiges Bleiberecht für Kosovo-Albaner könne dagegen helfen, die Lage in der Krisenregion zu stabilisieren und zu einem tragfähigen Friedensabkommen nach dem Vorbild "Dayton" führen, das den Krieg in Bosnien beendete. Der AK Asyl forderte außerdem die Kündigung des Rücknahmeabkommens der Bundesregierung mit Jugoslawien vom Dezember 1996.

(aus Antifa-Nachrichten Nr. 9/30.4.98)

Veranstaltung gegen Nazi-Verleger in Mülheim

Werner Szymanek, ein bekannter Nazi-Verleger von Platten und Büchern

rechtsextremen Inhalts wohnt seit kurzem auf der Moränenstr. 1 in Mülheim. Er hat in diesem Haus jeweils ein Appartement für den "Verlag und Agentur Werner Szymanek" sowie das Schallplattenlabel "Heliocentric" angemietet. Außerdem steht er in engem Kontakt zum rechtsextremen "Freundeskreis Unabhängiger Nachrichten" (UFK), der seit 1969 die Zeitung "Unabhängige Nachrichten" herausbringt, die eben von diesem Szymanek verlegt wird. Die UFK spielen eine wichtige Schnittstelle zwischen Rechtsreaktionären, ehemaligen Nazi-Kadern und der militanten Neonazi-Szene.

Zu Szymaneks Strategie gehört es, "unpolitische" Jugendkulturen von rechts zu beeinflussen. So verlegt er "Darkwave"-CDs sowie, neuerdings, "Techno"-Musik.

(aus Zündstoff (news) 5/98)

Spontandemo in Moers

Am Samstag, dem 4. April, fand in Moers eine Spontandemonstration anlässlich der Ermordung der 14jährigen Jana G. in Saalfeld statt. 15 Leute zogen mit dem Transparent "Schluß mit dem Nazi-Terror - Antifa heißt Angriff" durch die Innenstadt und riefen Parolen. In dem verteilten Flugblatt hieß es: "Am 26.3. wurde die 14jährige Jana G. von einem Faschisten im thüringischen Saalfeld erstochen. Sie befand sich abends zusammen mit ihrer Freundin auf dem Weg vom Stadtteil Gorndorf zu einem linken Jugendclub in der Innenstadt, als sie zufällig an einer Gruppe Faschisten vorbeikam. Nach einer kurzen Rangelei stach ein 15jähriger Neonazi ihr zweimal in den Hals. Jana starb noch auf dem Weg zum Krankenhaus.

Bei einer ersten Vernehmung gab der Täter zu, dass er die Antifaschistin aus Rache getötet habe, weil sie ihn im vorigen Herbst als "scheiß Fascho" bezeichnet habe. Da Jana weder mit einem Hakenkreuz erschlagen noch das Parteiprogramm der NPD neben ihr gefunden wurde, versuchte die Polizei sofort, von einem politischen Motiv abzulenken, und behauptete, dass der Jugendliche nur ein "Möchtegern-Rechter" sei und mit der örtlichen Nazi-Szene nichts zu tun habe. Der Naziskin war jedoch schon lange als gewalttätiger Schläger bekannt und wurde deswegen erst vor kurzem aus psychiatrischer Behandlung entlassen.

TeilnehmerInnen einer Mahnwache und einer Spontandemonstration am Donnerstagabend wurden von den Faschisten angegriffen und verprügelt. Man drohte ihnen, wenn sie nicht verschwinden würden, würden man sie auch abstecken. Die Polizei befahl den Antifaschisten, aus Gorndorf, ein Stadtteil, der von Neonazis dominiert wird, zu verschwinden, und verweigerte ihnen Hilfe, weil sie Angst um ihre Autos hatte.

Der örtliche CDU-Stadtrat Werner Thomas erklärte noch am 14. März, vor einer antifaschistischen Demonstration: "In einer Stadt, wo die Situation mit der rechten Szene auch nicht schlimmer ist als in anderen Städten Thüringens, könne es keine rechten Gewalttaten geben." Wie in diesem Fall ist es normale Praxis von Polizei, Politik und Medien, rassistische Überfälle zu leugnen und Tatmotive zu konstruieren, welche die rechten Täter schützen und die wahren Tatmotive verschleiern. Rassistische und faschistische Gewalt wird zur alltäglichen Bedrohung für anders denkende und anders ausschende Menschen. Es liegt bei jedem einzelnen, der Rechtsentwicklung entgegenzutreten und faschistische Übergriffe zu verhindern !!"

Antifa Moers

Frühlingscamp Wilde Wiese

Von Mittwoch, 20. Mai bis Sonntag, 24. Mai, findet in Ahaus-Ammeln am Atomülllager BZA ein Frühlingscamp statt.

Teilchenbeschleunigte Jonglierbälle verletzen den BZA-Luftraum, gebratene Bananen brutzeln in der Volkküche - Open Air Politik mit Kino, Kleinkunst und Kultur.

Worum es sonst noch geht: Rück- und Ausblick auf vergangene und noch notwendige Anti-Atom-Aktionen, Asyl in Ahaus, Mitbestimmung von Jugendlichen, Naturschutzprojekte im Münsterland und mehr.

23. Mai: Rock gegen Atomüll
Infos: UWG-Jugend
Postfach: 1513, 48666 Ahaus
Tel: 02561/41993
Fax: 02561/40713

Infotelefon: 02561/961951

**Festnahmen und
Nazi-Parolen
zu Hitlers Geburtstag**

Die Polizei in Brandenburg und Thüringen hat mehr als 30 rechtsgerichtete junge Leute festgenommen, die am 20. April Hakenkreuzfahnen schwenkten und rechte Parolen skandierten. Anlaß für die Aufmärsche war der 109. Hitlergeburtstag.

In Mecklenburg-Vorpommern konnte die Polizei eine Schlägerei zwischen mehr als 60 Jugendlichen der rechten und linken Szene nur mit Warnschüssen in die Luft beenden. 65 Polizeibeamte waren nötig, um die Lage unter Kontrolle zu bringen. Fünf Jugendliche wurden verletzt, fünf seien vorläufig festgenommen worden, teilte die Polizei mit.

In Cottbus griff die neue Mobile Einsatzgruppe gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit (MEGA) 14 junge Leute im Alter zwischen 16 und 25 Jahren auf. Die festgenommenen gehörten zu einer Gruppe von etwa 20 rechtsorientierten Personen, die sich am Montagabend zu einem Lagerfeuer in der brandenburgischen Stadt versammelt hatten. Dabei spannten sie eine Hakenkreuzfahne auf und riefen "Heil Hitler!" und "Sieg Heil!".

Im thüringischen Altenburg wurden 19 rechte Jugendliche vorübergehend festgenommen. Sie waren in der Nacht zum Dienstag erneut aufgefallen, weil sie die Reichskriegsflagge umhertrugen, Abzeichen mit Hakenkreuzen und Todesrunen zeigten und rechte Parolen skandierten.

Im Landkreis Harburg in der Lüneburger Heide wurde am Montag ein Asylbewerber mit einem Baseballschläger niedergeschlagen. Der Mann mußte ins Krankenhaus, fünf rechtsradikale Schläger sind als Täter verdächtig.

(aus taz v. 22.4.98)

*

**Rechtsextremismus
breitet sich aus**

Die Zahl der Straftaten mit rechtsextremistischem oder fremdenfeindlichen Hintergrund hat laut Berliner Tagesspiegel 1997 in Deutschland den bisher höchsten Stand erreicht. Unter Berufung auf Sicherheitskreise hieß es, das Bundeskriminalamt (BKA) habe im vorigen Jahr 11 720 derartige Delikte registriert. Das sind 3000 mehr als 1996. Nahezu in allen Bundesländern gab es eine deutliche Zunahme

rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Taten. Der Schwerpunkt liege in den neuen Bundesländern - allen voran Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Aber auch in Baden-Württemberg wurde eine Verdopplung rechtsextremer Taten festgestellt. Eine besorgniserregende Entwicklung zeigt sich auch bei Gewalttaten. 1997 seien 791 Angriffe auf Ausländer, Linke, Obdachlose und andere Opfergruppen registriert worden. Diese leichte Steigerung gegenüber 1996 (781 Gewaltdelikte) hat das Innenministerium durch eine Änderung der Zählweise erreicht. Kanthers Beamte ließen die rund 300 Gewaltdelikte mit Sachbeschädigung weg. Ein Sprecher wollte dazu keine Stellungnahme abgeben.

(aus taz v. 21.4.98)

*

**Berliner Polizei mit
Radetzkmarsch
Neue Vorwürfe gegen Berliner
Polizei wegen des
Castor-Einsatzes
in Ahaus**

Für die Polizisten aus Nordrhein-Westfalen war morgens um sechs die Welt nicht mehr in Ordnung. Mit dem Radetzkmarsch wurden sie unsanft aus dem Schlaf gerissen. Den töteten die Berliner Kollegen über die Außenlautsprecheranlage ihrer Einsatzfahrzeuge, als sie nach erfolgreicher Schlacht gegen die Demonstranten vom Castor-Einsatz zurückkehrten. Berliner Polizisten im Radetzky-Rhythmus - das ist nur einer von zahllosen Vorfällen, die der nordrhein-westfälische Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) in einem gestern bekanntgewordenen Schreiben an seinen Berliner Kollegen Jörg Schönbohm (CDU) auflistet. In einem beigefügten Bericht eines Münsteraner Polizeiführers wird das Verhalten der Berliner Polizeiführung so charakterisiert: "unbesonnen, konzeptlos, nicht professionell und aggressiv". Die Bannten waren mit drei Hundertschaften am Castor-Einsatz beteiligt. DemonstrantInnen hatten ihnen bereits besondere Brutalität bescheinigt.

Nachdem das Schreiben Kniolas gestern bekannt wurde, reagierte der Berliner Innensenator verärgert auf das "unkollegiale" Verhalten des Kollegen aus Nordrhein-Westfalen. "Ich kenne keinen Fall, bei dem ein Minister die Polizei eines anderen Bundeslandes beschimpft", so Schönbohm.

Dies wies der innenpolitische Sprecher der NRW-SPD, Jürgen Gensch, zurück. Das Problem sei, dass die Berliner Polizeiführung offenbar noch nicht von Deeskalation gehört habe. Das Verhalten der Radetzky-Rambos wird Thema der nächsten Innenministerkonferenz sein.

(aus taz v. 25.4.98)

*

**Sprengstoff bei Rechten
beschlagnahmt**

Bei Durchsuchungen von mehr als 40 Wohnungen mutmaßlicher Rechtsextremisten in Brandenburg und Sachsen-Anhalt hat die Polizei am 6.5.98 Waffen, Granaten und Sprengstoff sichergestellt. Wegen Explosionsgefahr mußten 15 Menschen evakuiert werden. Zwei Personen wurden festgenommen, eine verhaftet.

(aus taz v. 7.5.98)

**Schallplattenversand
M. Henk
Postfach 11 04 47
28207 Bremen
Der Antifa Platten Versand**



**Bei uns erhältlich:
Tod & Mordschlag,
Ton Steine Scherben,
Graue Zellen, Slime,
But Alive, Argus,
Rantanplan, Cochise,
Checkpoint Charly,
Wolfgang Neuss,
Dieter Süverkrüp,
Ernst Busch, Tonträger
Schwarze Sieben
u. v. a.**

Bestellt den Katalog!
Lieferung per
Vorausrechnung + Porto
Tel.&Fax:0421-4988535

ANTIFA - ZENTRUM **RECKLINGHAUSEN** **HERNER STRASSE 43**

Im **ANTIFA - ZENTRUM** treffen sich unterschiedliche Organisationen, die in einigen politischen Fragen zusammenarbeiten: Der **ANTIFASCHISTISCHE BUND (AFB)**, der **INTERNATIONALE FREUNDSCHAFTSVEREIN (IFV)** und die **DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP)**, in Kürze auch die **PDS** und die **SDAJ**.

Im Rahmen der **ANTIFASCHISTISCHEN KOORDINATION IM KREIS RECKLINGHAUSEN** arbeiten wir mit weiteren Organisationen zusammen, um im **KREIS RECKLINGHAUSEN** einen Beitrag zum Kampf gegen die Zunahme des Neofaschismus zu leisten.

Nicht zuletzt der alarmierende Wahlerfolg der Neofaschisten von der **DVU** in **Sachsen-Anhalt** macht deutlich, dass das Zusammenwirken aller antifaschistischen Kräfte ein dringendes Gebot darstellt.

Wer Interesse an der Mitarbeit hat, soll doch einfach mal vorbeischaun.

Wir bieten folgenderegelmäßigen Termine an:

MONTAG, 19.00 - 21.00 Uhr: Treffen des INTERNATIONALEN FREUNDSCHAFTSVEREINS (IFV)

MITTWOCH, 19.00 - 21.00 Uhr: Treffen des ANTIFASCHISTISCHEN BUNDES (AFB)

DONNERSTAG, 19.00 - 21.00 Uhr: Treffen der Redaktion der ANTIFASCHISTISCHEN ZEITUNG (AntifaZ)

JEDER ZWEITE SONNTAG IM MONAT, 11.00 - 15.00 Uhr: Internationales Frühstück.

DIE NÄCHSTEN VERANSTALTUNGEN:

**SAMSTAG, 23. Mai 1998, DEMONSTRATION des INTERNATIONALEN FREUNDSCHAFTSVEREINS, Thema: SOLIDARITÄT MIT DEM ALBANISCHEN VOLK DES KOSOVO
BEGINN: 11.00, RATHAUSPLATZ
RECKLINGHAUSEN**